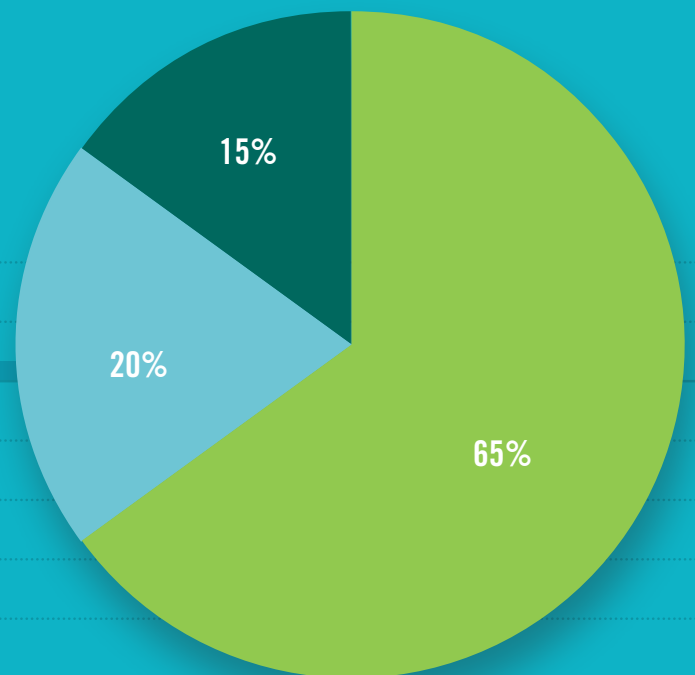


Wirtschaftliches Verständnis und ordnungspolitische Positionen der Bevölkerung



Gefördert von der **Robert Bosch Stiftung**

Inhalt

Vorbemerkung	03
Krisenängste und Krisenerfahrungen der Bevölkerung	05
Klare Vorstellungen von den Ursachen der Krisen	13
Selektive Vertrauenskrise	20
Reaktionen auf die staatlichen Interventionen	31
Wachsender Rückhalt für das Wirtschaftssystem inmitten der Krise	47

Anhang

Untersuchungsdaten	59
Statistik der befragten Personengruppe	60

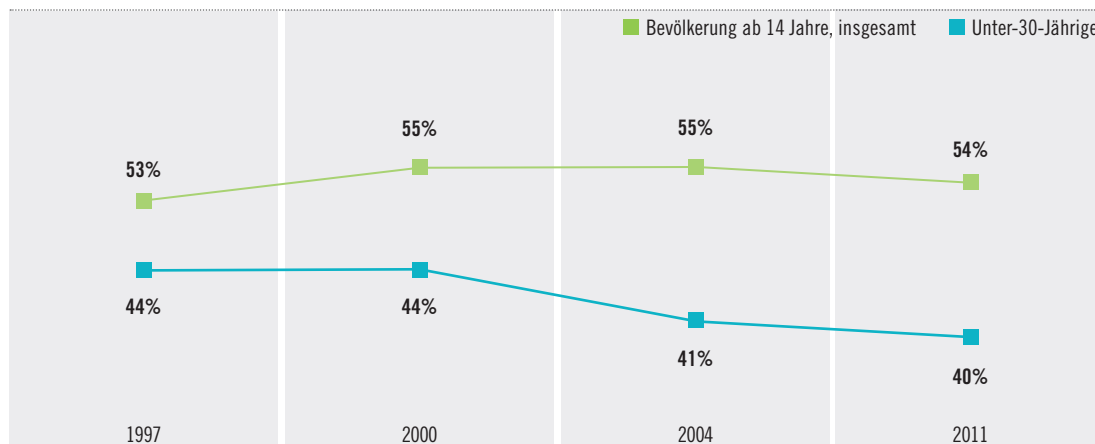
Vorbemerkung

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft werden nicht nur von den gesetzlichen Regelungen und den Leitlinien der Politik bestimmt, sondern in hohem Maße von dem wirtschaftlichen Verständnis der Bürger, ihrem Informationsstand und ihren ordnungspolitischen Vorstellungen und Weltbildern. Dies gilt umso mehr, als auch viele politische Entscheidungen und Interventionen davon beeinflusst werden, wie ihre Resonanz in der Bevölkerung eingeschätzt wird. So war 2009 der Wettlauf der Volksparteien um die Rettung von Opel nicht nur von der Sorge um die gefährdeten Arbeitsplätze bestimmt, sondern auch von der (irrigen) Überzeugung, dass man es sich mit Rücksicht auf die Bürger und Wähler nicht leisten könne, auf staatliche Interventionen und Rettungsmaßnahmen zu verzichten.

Entsprechend sind entscheidende Fragen, wie es um das wirtschaftliche Verständnis der Bevölkerung bestellt ist, wieweit es ein klares und stabiles ordnungspolitisches Koordinatensystem gibt und auf welche Resonanz staatliche Interventionen in der Wirtschaft treffen. Diese Fragen stellen sich um so drängender, da das Interesse an wirtschaftlichen Themen nicht wächst, und in der jungen Generation heute sogar geringer ist als noch vor 10 Jahren. Der weite Kreis der zumindest begrenzt an Wirtschaftsthemen Interessierten umfasst zurzeit 54 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahre, bei Unter-30-Jährigen 40 Prozent. Vor 10 Jahren interessierten sich in dieser Altersgruppe noch 44 Prozent zumindest begrenzt für Wirtschaftsthemen:

Schaubild 1

Entwicklung des Interesses an Wirtschaftsthemen, Wirtschaftsfragen (weiter Kreis)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 14 Jahre

Quelle: Allensbacher Markt- und Werbeträgeranalysen, AWA 1997, 2000, 2004 und 2011

© IfD-Allensbach

Der engere Kreis mit ausgeprägtem wirtschaftlichen Interesse umfasst in der Bevölkerung lediglich 13 Prozent, bei Unter-30-Jährigen 8 Prozent. In der jungen Generation ist nicht nur das Interesse an Wirtschaftsthemen rückläufig, sondern auch das Interesse an Politik, Wissenschaft, Umweltschutz und kulturellen Themen. Dies geht primär auf die tiefgreifenden Veränderungen des Informationsverhaltens zurück, den sukzessiven Übergang von der habituellen täglichen Information auf die sporadischere bedarfsgetriebene Information. Bei Unter-30-Jährigen ist die regelmäßige Lektüre der Tageszeitungen stark rückläufig, auch die regelmäßige Information über informierende TV- und Radiosendungen geht zurück. Die jederzeitige Verfügbarkeit von Informationen im Internet greift die Vorstellung an, dass es wichtig ist, immer auf dem Laufenden zu sein und kontinuierlich

selbst den eigenen Informationsstand aufzubauen und zu aktualisieren. Dies lässt erwarten, dass sich Interesse und Urteilsbildung künftig weitaus stärker ereignisgetrieben entwickeln und entsprechend volatil werden.

Zeiten ökonomischer Krisen generieren verstärkt Aufmerksamkeit für wirtschaftliche Entwicklungen, sind aber auch Belastungsproben für ordnungspolitische Positionen und lassen erkennen, wie stabil ihr Rückhalt in der Bevölkerung ist. Der Ausbruch der Finanzmarktkrise 2008 und der folgende Konjunkturreinbruch wie auch die Krise in der Euro-Zone haben der Bevölkerung verstärkt die Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Entwicklung vor Augen geführt und in der Folge teilweise intensive gesellschaftliche Diskussionen über wirtschaftliche Freiräume und staatliche Interventionen ausgelöst.

Im Oktober 2009, ein Jahr nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, führte das Institut für Demoskopie Allensbach eine Repräsentativbefragung zu den Reaktionen der Bevölkerung auf die Krise durch, ihrer Einordnung der Ereignisse, zu ihrer Bewertung staatlicher Interventionen und der Entwicklung des Vertrauens in das marktwirtschaftliche System¹. An diese Untersuchung, die durch die Unterstützung der Robert Bosch Stiftung ermöglicht wurde, schlossen sich weitere Trendanalysen an, um zu prüfen, wieweit die während der Krise beobachteten Veränderungen der öffentlichen Meinung nachhaltig waren und durch die Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone weiter befestigt wurden. Sämtliche Untersuchungen stützen sich in der Regel auf rund 1.800 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Ergebnisse zeigen, wie stark die Meinungsbildung von krisenhaften Zuspitzungen beeinflusst wird, aber auch, dass diese Einflüsse oft nicht nachhaltig wirken. Vor allem wird in den Reaktionen der Bevölkerung jedoch deutlich, wie groß auch in der von modernen Massenmedien geprägten Welt die Bedeutung persönlicher Erfahrungen und die Übereinstimmung oder Diskrepanz von medial vermitteltem Wissen und persönlicher Erfahrungswelt ist.

Allensbach am Bodensee,
am 20. März 2012

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

1 Die Untersuchungsdaten und die Zusammensetzung der Stichprobe dieser Ausgangsuntersuchung sind im Anhang dieses Bandes zusammengestellt.

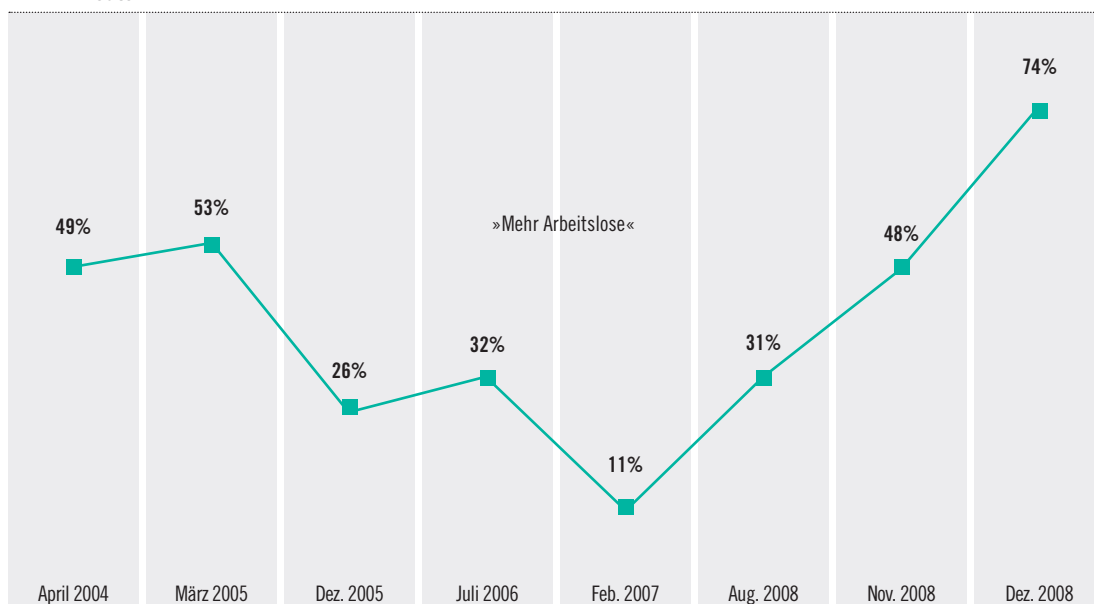
Krisenängste und Krisenerfahrungen der Bevölkerung

Innerhalb von nur drei Jahren wurde die Bevölkerung mit zwei gravierenden Krisen mit hohem ökonomischen Risikopotential konfrontiert, zunächst der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in den Jahren 2008 und 2009 und kurz darauf mit der Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise, die Europa noch über lange Zeit begleiten und belasten wird. Besonders die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise löste in der Bevölkerung außerordentlich große Besorgnis aus. Binnen vier Monaten, zwischen Juli und November 2008, stieg der Anteil der Bürger, die die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes pessimistisch beurteilten, von 28 auf 70 Prozent an. Parallel veränderte sich die Einschätzung der Perspektiven für den deutschen Arbeitsmarkt: Noch im Sommer 2008 gingen nur 31 Prozent der Bürger auf Sicht von einem Jahr von steigenden Arbeitslosenzahlen aus, im Dezember bereits 74 Prozent:

Schaubild 2

Steiler Anstieg der Skepsis in Bezug auf den Arbeitsmarkt während der Krise 2008

Frage: »Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Arbeitslosigkeit entwickeln? Glauben Sie, dass wir in einem Jahr in Deutschland mehr Arbeitslose, genauso viele Arbeitslose oder weniger Arbeitslose haben werden als heute?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10031

© IfD-Allensbach

Die kontinuierlichen Hiobsbotschaften, mit denen die Bevölkerung zunächst von den Finanzmärkten und dann zunehmend in Bezug auf die konjunkturelle Entwicklung konfrontiert war, verunsicherten die Menschen erheblich. Der Anteil der Bevölkerung, der die Zukunftsperspektiven als ausgesprochen schwierig und unsicher einstufte, war am Ende des Jahres 2008 dreimal so groß wie zu Jahresbeginn. Am Anfang des Jahres 2008 hatten lediglich 15 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass sich die nähere Zukunft ausgesprochen schwierig und unsicher darstellt, am Jahresende 48 Prozent. Gegenläufig verminderte sich der Kreis der weitgehend Unbesorgten von 43 auf 10 Prozent.

Schaubild 3

Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft

	Februar 2008		Dezember 2008
	%		%
Stufe 0 (sehr sicher und gar nicht schwierig)	3] 43	x
Stufe 1	4		1
Stufe 2	16		3
Stufe 3	20		6
Stufe 4	14		8
Stufe 5	17		19
Stufe 6	10		14
Stufe 7	9] 15	16
Stufe 8	4		17
Stufe 9	1		7
Stufe 10 (sehr schwierig und unsicher)	1		8

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10016 und 10030

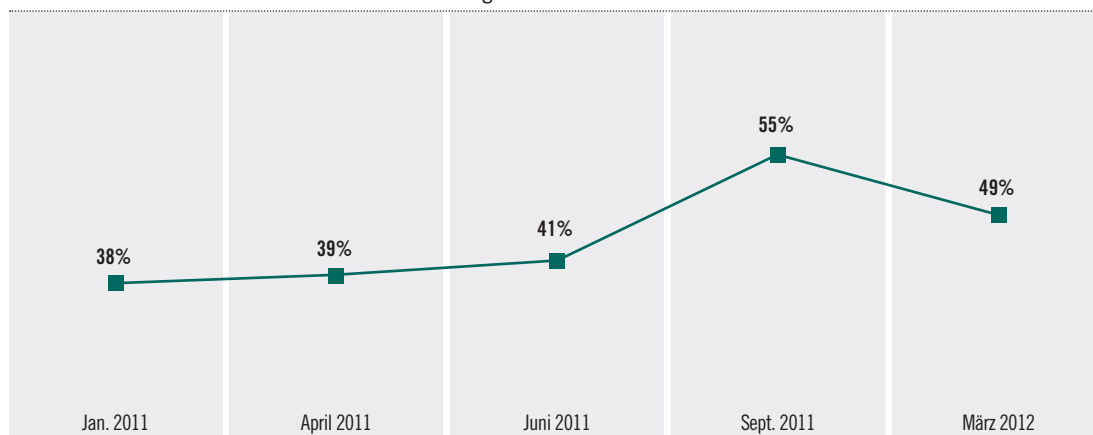
© IfD-Allensbach

Die überwältigende Mehrheit befürchtete zu diesem Zeitpunkt, dass die Folgen der Finanzmarktkrise tief in ihre persönliche Lebenssituation eingreifen würden. Die kurze Zeit später folgende Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise löste nicht annähernd eine vergleichbare Besorgnis aus. Die Parallelität dieser Krise mit einer ausgesprochen robusten deutschen Konjunktur und einer stetigen Verbesserung der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt dämpften die Sorgen, dass diese Krise in absehbarer Zeit das Potential hat, die eigene Lebenssituation zu beeinflussen. Zwar nahmen im Verlauf des Jahres 2011 die Sorgen über die Entwicklungen in der Euro-Zone von 38 auf 55 Prozent zu. Gleichzeitig wurde diese Krise jedoch nicht annähernd so als »Nahthema« empfunden wie die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.

Schaubild 4

Wachsende Unruhe in der Bevölkerung

Es sind über die Krise der Euro-Zone sehr beunruhigt



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10087

© IfD-Allensbach

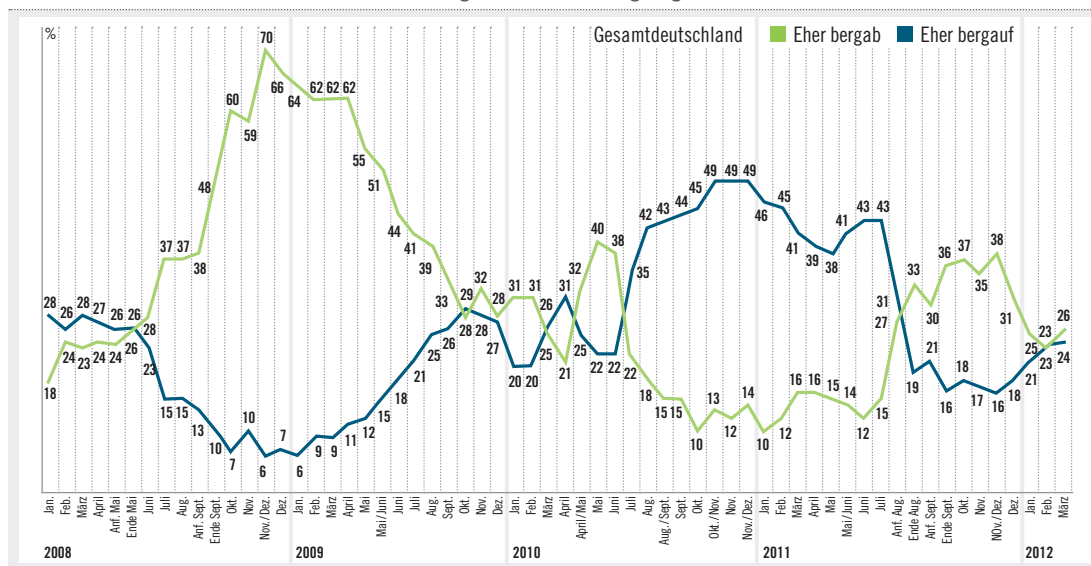
Die Besorgnis über die Entwicklungen in der Euro-Zone stieg auch erst dann signifikant an, als sie zumindest vorübergehend verstärkt als Bedrohung für die deutsche Konjunktur gesehen wurden. Im Spätsommer 2011 häuften sich Warnungen und Kommentare, dass die europäische Schuldenkrise die robuste deutsche Konjunktur beschädigen würde. Die Bevölkerung registrierte dies sehr aufmerksam und korrigierte ihre wirtschaftlichen Erwartungen gravierend. Binnen weniger Wochen ging der Anteil der Bevölkerung, der die wirtschaftlichen Perspektiven positiv beurteilte, von 43 auf 19 Prozent zurück, während der Anteil derjenigen, die den weiteren Verlauf der deutschen Konjunktur skeptisch bewerteten, von 15 auf 33 Prozent anstieg. Dies war dann auch der Zeitpunkt, zu dem die Sorgen über die europäische Verschuldungskrise wuchsen. Sie wird erkennbar von weiten Kreisen der Bevölkerung nicht per se als Bedrohung empfunden, sondern erst dann, wenn Auswirkungen auf die deutsche Konjunktur zu befürchten sind.

Zu keinem Zeitpunkt nahm die Besorgnis über die weitere Entwicklung der deutschen Konjunktur jedoch das Ausmaß an, wie während der Finanzmarktkrise 2008/2009, als 70 Prozent die weiteren ökonomischen Perspektiven negativ bewerteten. Während der andauernden Bemühungen, die Auswirkungen der europäischen Verschuldungskrise zu begrenzen, wuchs die Zahl derjenigen, die die ökonomischen Perspektiven der deutschen Wirtschaft negativ bewerteten, lediglich auf 38 Prozent und bildete sich bis zum Jahresbeginn 2012 wieder auf 25 Prozent zurück.

Schaubild 5

Die wirtschaftliche Entwicklung

Frage: »Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen

© IfD-Allensbach

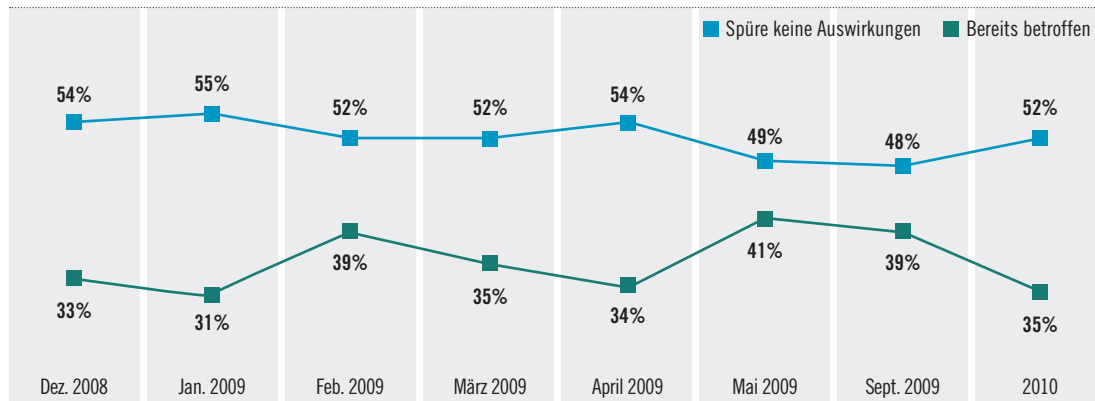
So sehr beide Krisen die Einschätzung der wirtschaftlichen Perspektiven veränderten, so wenig griffen sie in die ökonomische Situation der Bürger ein. Das gilt auch für die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die in einzelnen Branchen dramatische Auswirkungen auf die Auftragslage der Unternehmen hatte. Zwar berichteten im Verlauf der Krise bis zu 41 Prozent der nicht im öffentlichen Dienst Beschäftigten, dass die Auswirkungen der Krise das eigene Unternehmen erreicht hatten. Schon Ende 2008 machten 33 Prozent der in der freien Wirtschaft Erwerbstätigen diese Erfahrung,

im Mai 2009 41 Prozent. Die Mehrheit konnte jedoch zu keinem Zeitpunkt feststellen, dass das eigene Unternehmen von der stärksten Rezession in der deutschen Nachkriegsgeschichte unmittelbar betroffen ist:

Schaubild 6

Betroffenheit des eigenen Unternehmens

Frage: »Eine Frage zu Ihrem Betrieb: Ist der Betrieb, in dem Sie arbeiten, (bereits) von der schlechten wirtschaftlichen Lage betroffen, oder spüren Sie da noch keine Auswirkungen?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige (ohne Beamte)
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10050

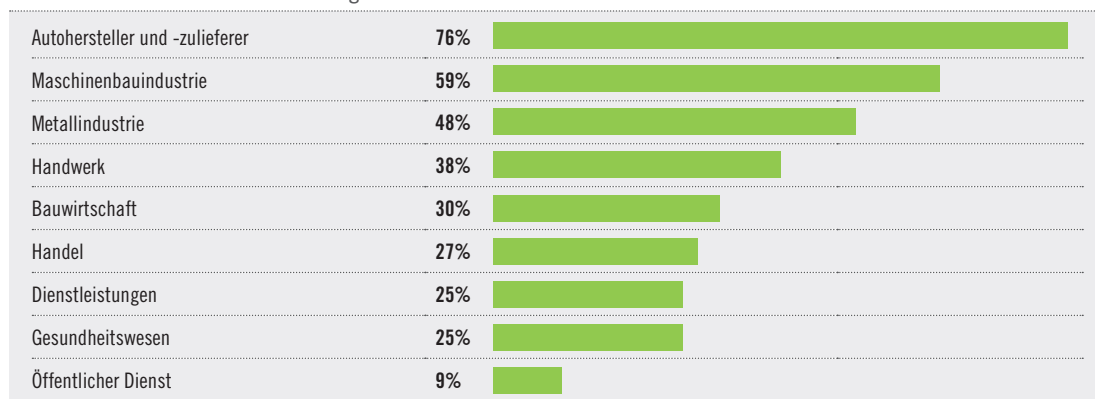
© IfD-Allensbach

Die Krise 2008/2009 erfasste zudem hoch selektiv bestimmte Branchen, vor allem die Automobilindustrie und ihre Zulieferer, den Maschinenbau und die Metallindustrie. Deutlich weniger waren dagegen nicht nur das Gesundheitswesen und der Dienstleistungssektor abseits der Banken betroffen, sondern auch der Handel, das Handwerk und die Bauwirtschaft. Während drei Viertel der in der Automobilindustrie Beschäftigten und 59 Prozent der Beschäftigten im Maschinenbau berichteten, dass ihr Betrieb von der Krise betroffen sei, zogen nur 25 Prozent der im Gesundheitswesen und 27 Prozent der im Handel Beschäftigten diese Bilanz.

Schaubild 7

Sehr unterschiedliche Betroffenheit

Frage: »Ist der Betrieb, in dem Sie arbeiten, bereits von der schlechten wirtschaftlichen Lage betroffen, oder spüren Sie da noch keine Auswirkungen?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10032

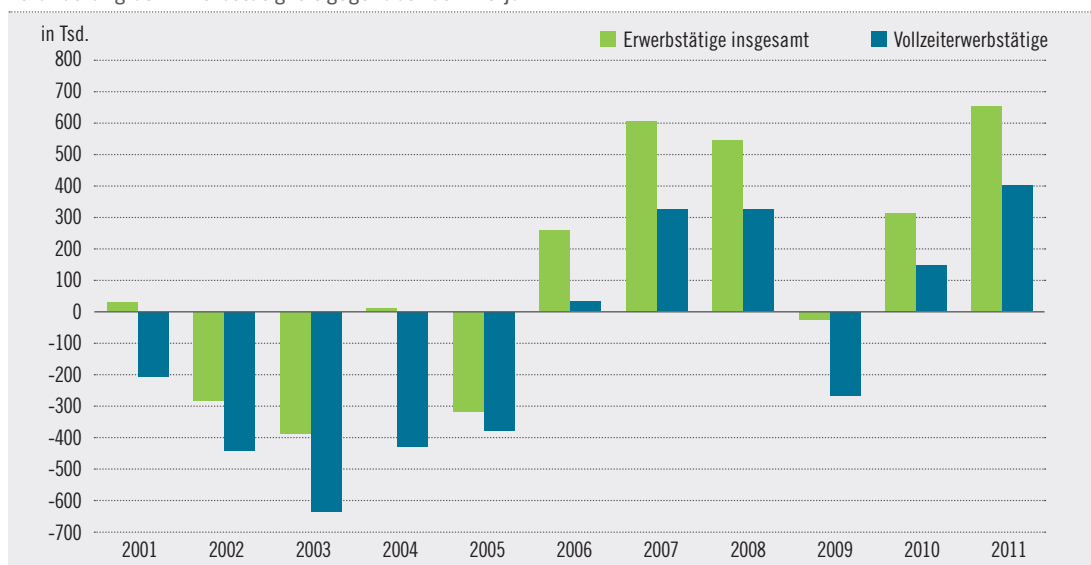
© IfD-Allensbach

Ein besonderes Merkmal der Krise 2008/2009 war der Schulterchluss von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik in dem Bemühen, die Krise ohne gravierenden Personalabbau durchzustehen und damit die harten Konsequenzen von der Bevölkerung weitgehend fernzuhalten. Die veränderten politischen Rahmenbedingungen für Kurzarbeit, die staatlichen Konjunkturprogramme, moderate Tarifabschlüsse und die Personalpolitik der Unternehmen führten gemeinsam zu dem bemerkenswerten Ergebnis, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nur vorübergehend und begrenzt verschlechterte – trotz Umsatzeinbrüchen, die in einzelnen Branchen und Unternehmen 50 Prozent und mehr erreichten. Während in der Phase der Wachstumsschwäche von 2001 bis 2005 kontinuierlich Arbeitsplätze und insbesondere Vollzeitstellen abgebaut wurden, nahm die Zahl der Erwerbstätigen von 2006 an mit Ausnahme des Jahres 2009 kontinuierlich zu. So meldete die Bundesagentur für Arbeit für 2007 611.000 zusätzliche Erwerbstätige, darunter 330.000 Vollzeitwerbstätige, im Jahr 2008 eine Ausweitung der Beschäftigtenzahl um 551.000, darunter ebenfalls wiederum 330.000 Vollzeitstellen. Während der Wirtschaftskrise wurden 2009 272.000 Vollzeitstellen abgebaut, von denen jedoch viele in Teilzeitstellen umgewandelt wurden, so dass die Beschäftigtenzahl insgesamt lediglich um 32.000 zurückging. Schon 2010 war wieder von einem dynamischen Beschäftigungsaufbau geprägt, der sich im Jahr 2011 mit großer Dynamik fortsetzte. So wurde für 2011 eine Ausweitung der Beschäftigtenzahl auf 656.000 registriert, darunter 408.000 Vollzeitstellen.

Schaubild 8

Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2001 – 2011

Veränderung der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahr



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

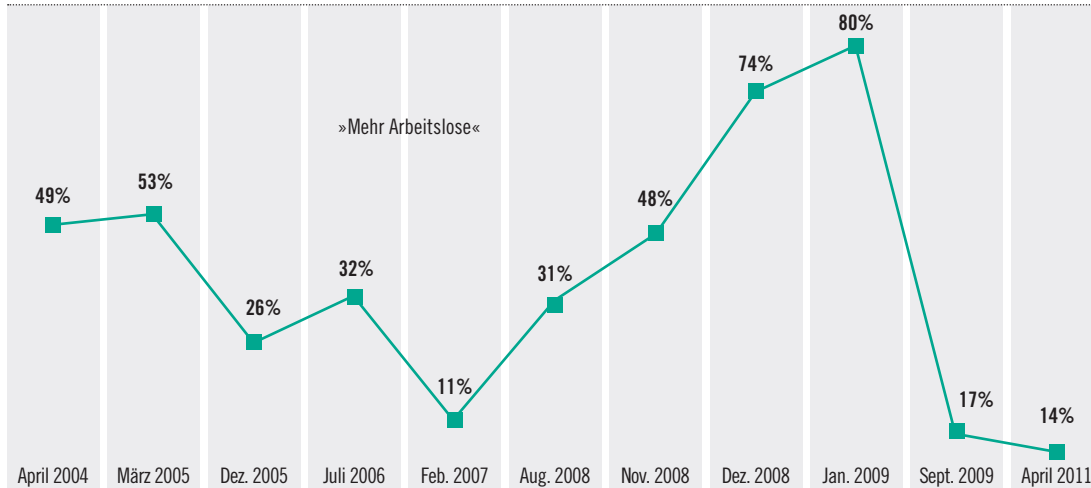
© IfD-Allensbach

Die rasche Erholung des Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in den Erwartungen der Bevölkerung zur weiteren Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wieder. Während die Perspektiven über das ganze Jahr 2008 hinweg kontinuierlich pessimistischer eingeschätzt wurden und im Januar 2008 80 Prozent der Bürger mit steigenden Arbeitslosenzahlen rechneten, erwarteten im September desselben Jahres nur noch 17 Prozent einen weiteren Anstieg der Arbeitslosenzahlen.

Schaubild 9

Steiler Anstieg der Skepsis in Bezug auf den Arbeitsmarkt während der Krise 2008

Frage: »Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Arbeitslosigkeit entwickeln? Glauben Sie, dass wir in einem Jahr in Deutschland mehr Arbeitslose, genauso viele Arbeitslose oder weniger Arbeitslose haben werden als heute?«



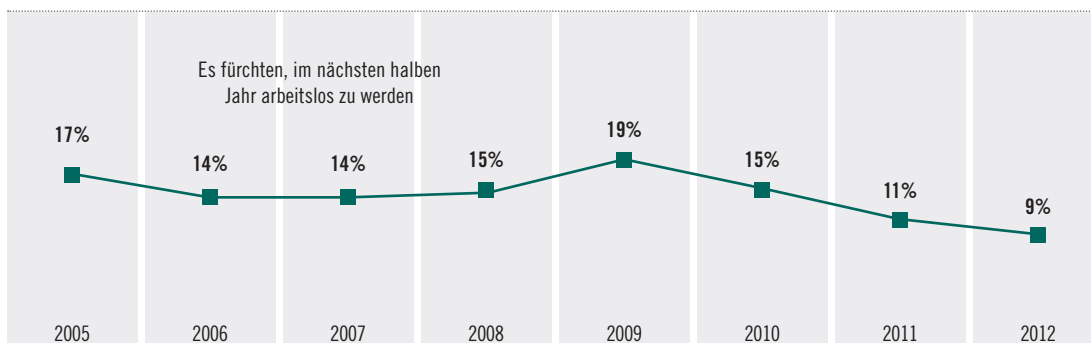
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10070

© IfD-Allensbach

Wie erfolgreich die Erwerbstätigen von den Auswirkungen der Krise abgeschottet wurden, zeigt die Entwicklung der Ängste um den eigenen Arbeitsplatz. In normalen Zeiten sorgen sich in der Regel zwischen 12 und 14 Prozent der Erwerbstätigen um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. 2008 lag dieser Anteil bei 15 Prozent und stieg mit der zunehmenden Zahl betroffener Unternehmen kurzfristig auf 19 Prozent, ging aber schon Anfang 2010 auf 15 Prozent zurück. Die folgende Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise hatte auf die Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz keinerlei Auswirkungen. Vielmehr sank der Anteil der Erwerbstätigen, die sich Sorgen um den eigenen Arbeitsplatz machten, im Jahr 2011 auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren. Zum Jahresbeginn 2012 fürchteten nur noch 9 Prozent der Erwerbstätigen, sie könnten innerhalb der nächsten sechs Monate ihren Arbeitsplatz verlieren.

Schaubild 10

Weniger Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

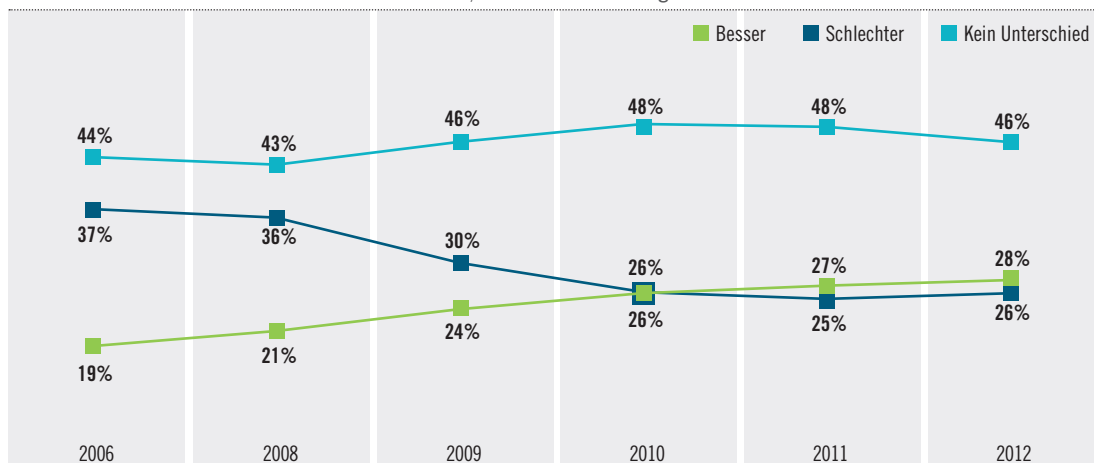
© IfD-Allensbach

Noch bemerkenswerter ist die Entwicklung der Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse. 2006, nach der Phase der mehrjährigen Wachstumsschwäche mit kontinuierlich steigenden Arbeitslosenquoten, stuften sich 37 Prozent der gesamten Bevölkerung als Wohlstandsverlierer ein. Sie zogen die Bilanz, dass es ihnen finanziell schlechter ginge als fünf Jahre zuvor. Nur 19 Prozent sahen sich als Wohlstandsgewinner, 44 Prozent stuften zu diesem Zeitpunkt ihre eigene wirtschaftliche Situation als stabil ein. Die Entwicklung dieser Bilanz über die nächsten sechs Jahre hinweg zeigt keinerlei erkennbare Spuren der ökonomischen Krisen, sondern einen kontinuierlich positiven Verlauf. 2010, unmittelbar nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, lagen die Anteile von Wohlstandsgewinnern und Wohlstandsverlierern erstmals gleichauf; seither überwiegt der Anteil der Wohlstandsgewinner. Insgesamt ging der Anteil der Bürger, die sich über die letzten fünf Jahre hinweg als Wohlstandsverlierer sehen, zwischen 2006 und 2012 von 37 auf 26 Prozent zurück, während der Anteil derjenigen, die eine signifikante Verbesserung ihrer materiellen Situation konstatieren, von 19 auf 28 Prozent anstieg.

Schaubild 11

Bessere Bilanz

Frage: »Wenn Sie Ihre wirtschaftliche Lage mit der vor fünf Jahren vergleichen: Geht es Ihnen heute wirtschaftlich besser als vor fünf Jahren oder schlechter, oder würden Sie sagen: kein Unterschied?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10085

© IfD-Allensbach

Die Ergebnisse spiegeln die Auswirkungen der positiven Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt wider, die von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise nur kurz unterbrochen und von der Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone überhaupt nicht beeinträchtigt wurde. Beide Krisen reichten daher nur sehr begrenzt in die persönliche Erfahrungswelt der Bevölkerung hinein und blieben für die Mehrheit medienvermittelte Ereignisse. Der Anteil der Bevölkerung, der sich persönlich als stark von den Krisen betroffen einstufte, bewegte sich nur im einstelligen Bereich. Das gilt selbst für die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, deren Auswirkungen immerhin um die 40 Prozent der Beschäftigten im eigenen Unternehmen beobachten konnten. Dies bedeutete aber keineswegs automatisch, dass ein entsprechender Anteil persönlich von der Krise stark betroffen wurde. Der Anteil der Bürger, die sich persönlich als stark betroffen einstufen, oszillierte im gesamten Jahr 2009 lediglich in der engen Bandbreite zwischen 6 und 8 Prozent. Im Sommer 2009 zogen rund drei Viertel der Bevölkerung die Bilanz, dass die Krise sie nicht persönlich betrifft – auch wenn viele Sorge hatten, dass sich das unter Umständen ändern könnte. Rund ein Viertel der Bevölkerung stuft sich als etwas betroffen ein, lediglich 8 Prozent als stark betroffen. Noch wesentlich positiver fällt die Bilanz der Auswirkungen der Krise in der Euro-Zone aus. Lediglich 3 Prozent der Bevölkerung sehen sich stark betroffen, 15 Prozent etwas betroffen:

Schaubild 12

Persönliche Betroffenheit durch die Krise

Frage: »Es ist ja ganz unterschiedlich, wie stark die Menschen von der Krise betroffen sind. Wie ist das bei Ihnen persönlich: Wie stark beeinflusst die Krise Ihr Leben?«

%	Mai 2009	Juli 2009	Sept. 2009	Jan. 2010	Feb. 2012
Die Krise beeinflusst mein Leben bislang eigentlich gar nicht, und ich gehe davon aus, dass es auch so bleibt	41	39	42	39	41
Bisher beeinflusst die Krise mein Leben zwar nicht, aber ich befürchte, dass sich das bald ändern wird	32	25	26	27	39
Sie betrifft mich etwas, aber nicht so stark	20	27	25	26	15
Die Krise betrifft mich stark	6	8	6	6	3
Keine Angabe	1	1	1	2	2
	100%	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

© IfD-Allensbach

Bei beiden Krisen war und ist die Bevölkerung entsprechend für ihr Verständnis und ihre Interpretation der Ereignisse und Ursachen auf die Information durch Medien und die dort transportierten Stellungnahmen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik angewiesen. Die Einordnung der Bevölkerung zeigt, dass ihr einerseits die Komplexität der Probleme und Entwicklungen bewusst ist, sie aber durchaus schlüssige Vorstellungen von den Auslösern der Entwicklung gewonnen hat.

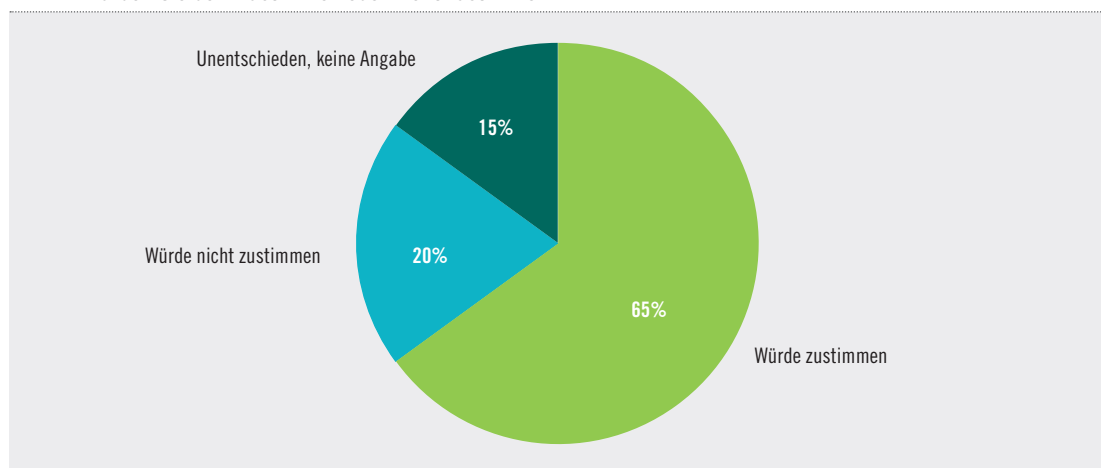
Klare Vorstellungen von den Ursachen der Krisen

Angesichts der Komplexität der Materie ist es unrealistisch, ein fundiertes Wissen über die Probleme des Finanzsystems oder der europäischen Schuldenkrise zu unterstellen. Den Bürgern selbst sind die Grenzen, die ihrer Durchdringung der Probleme gesetzt sind, durchaus bewusst. Auf dem Höhepunkt der Finanzmarktkrise zogen 78 Prozent der Bevölkerung das Fazit, das ganze Finanzsystem sei so undurchsichtig, dass es für einen normalen Bürger überhaupt nicht zu durchschauen sei.¹ Die Berichterstattung der Medien über die Krise 2008/2009 wurde in hohem Maße als widersprüchlich und entsprechend wenig geeignet empfunden, um sich über das Ausmaß der Krise ein klares Urteil zu bilden.

Schaubild 13

Kein klares Bild

Frage: »Wenn jemand sagt: »Das, was in den Medien über die Wirtschaftskrise berichtet wird, ist so widersprüchlich, dass man sich keine klare Meinung bilden kann, wie ernst die Krise wirklich ist.« Würden Sie dem zustimmen oder nicht zustimmen?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Berufstätige (ohne Beamte)
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10043

© IfD-Allensbach

Dieses Urteil wurde von den höheren Bildungsschichten genauso gefällt wie von den einfachen Bildungsschichten, von den politisch und wirtschaftlich Interessierten wie von den Desinteressierten. Genauso fällten 62 Prozent der Bevölkerung zur Berichterstattung über die Schuldenkrise in der Euro-Zone das Urteil, hier sei überwiegend unverständlich berichtet worden, während nur 33 Prozent die Berichterstattung als verständlich bewerten und geeignet, um sich einen belastbaren Überblick zu verschaffen. Diese kritische Bewertung der Berichterstattung der Medien beschränkt sich keineswegs auf die Berichte über die wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre; vielmehr urteilt die Bevölkerung ähnlich kritisch über die Berichterstattung über Energiepolitik und noch kritischer über die Berichterstattung über die Fiskalpolitik. Günstiger werden zwar die Berichte über den Arbeitsmarkt bewertet, doch empfinden auch hier 45 Prozent der Bürger die Berichterstattung eher als unverständlich und unübersichtlich.

¹ Vergleiche Renate Köcher: Wasser auf die Mühlen der Linken, in Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 247, 22. Oktober 2008, S. 5

Schaubild 14

Einschätzung der Verständlichkeit der Berichterstattung über wirtschaftliche Themen

Frage: »Hier sind einmal verschiedene Themen und Ereignisse der letzten Monate aufgeschrieben. Über welche dieser Ereignisse wurde Ihrer Meinung nach eher verständlich und übersichtlich berichtet, und bei welchen war die Berichterstattung eher unverständlich und unübersichtlich?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10077

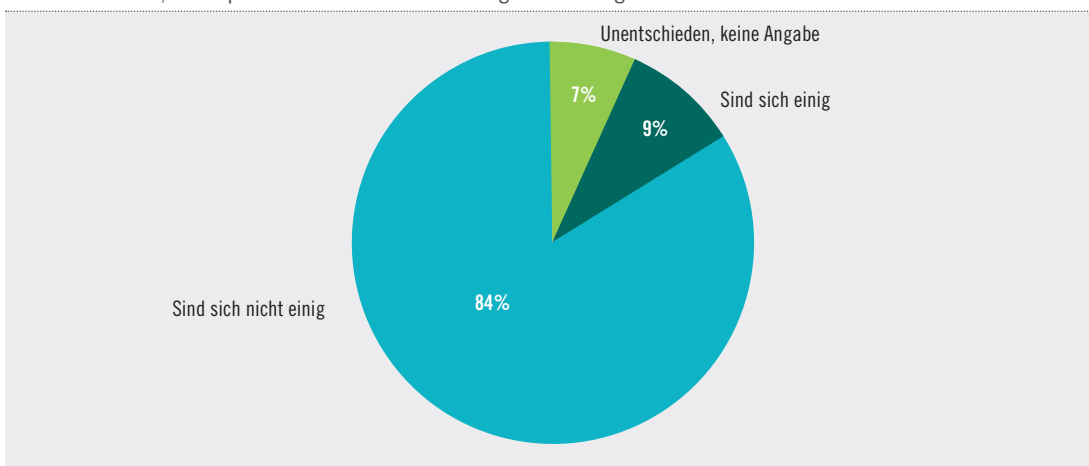
© IfD-Allensbach

Bei der Bewertung dieser kritischen Bilanz muss nicht nur berücksichtigt werden, dass sich nur ein Teil der Bürger intensiv für wirtschaftliche Themen interessiert, sondern auch dass die dissonanten Stellungnahmen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu den Ereignissen und den Strategien zur Bewältigung der Probleme es selbst für interessierte Laien schwer machen, sich ein klares Urteil zu bilden. In Bezug auf die Krise in der Euro-Zone haben 84 Prozent der Bevölkerung aus der Berichterstattung der Medien den Eindruck gewonnen, dass es unter den Experten keinerlei Konsens gibt, wie die Krise beschaffen ist und entsprechend am besten gelöst werden kann. Lediglich 9 Prozent der Bevölkerung haben den Eindruck gewonnen, dass sich die Fachleute hier weitgehend einig sind.

Schaubild 15

Dissens der Experten

Frage: »Wenn Sie einmal an die Krise der Euro-Zone denken: Haben Sie den Eindruck, dass sich die Experten und Fachleute weitgehend einig sind, wie die Krise am besten gelöst werden kann, oder haben Sie eher den Eindruck, die Experten sind sich in dieser Frage nicht einig?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10082

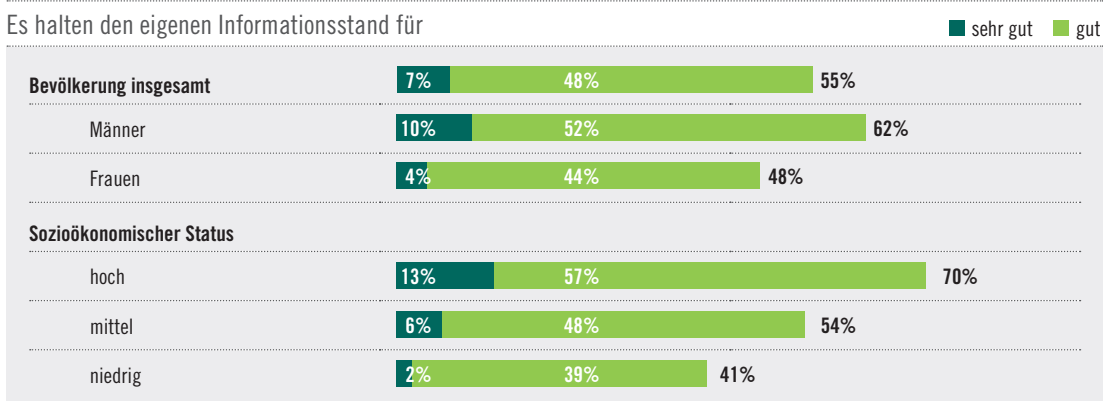
© IfD-Allensbach

Gleichzeitig haben die Bürger auch in hohem Maße den Eindruck gewonnen, dass auch die Politik, die die entsprechenden Maßnahmen zur Eindämmung der Krise treffen muss, weitgehend ratlos ist. Ende 2011 hatten lediglich 14 Prozent der Bevölkerung den Eindruck, dass die Politik im Großen und Ganzen eine klare Vorstellung hat, wie sie die Krise erfolgreich bekämpfen kann; 72 Prozent zogen demgegenüber aus der Entwicklung der Ereignisse und der Berichterstattung darüber das Fazit, die Politik sei weitgehend ratlos.

Angesichts dieser Bilanz – Komplexität der Materie, teilweise unverständliche Berichterstattung, Dissens der Experten und Ratlosigkeit der Politik – ist es bemerkenswert, dass die Mehrheit der Bevölkerung trotzdem ihren Informationsstand über die Krisen der letzten Jahre als gut einstuft. Dies gilt sowohl für die Krise in der Euro-Zone wie in Bezug auf die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009. Damals stuften 55 Prozent der Bevölkerung den eigenen Informationsstand als gut ein, Männer signifikant mehr als Frauen, die oberen Sozialschichten deutlich mehr als die unteren Sozialschichten. Von den Bevölkerungskreisen mit hohem sozioökonomischen Status stuften 70 Prozent den eigenen Informationsstand als gut ein, von den unteren Sozialschichten immerhin auch 41 Prozent.²

Schaubild 16

Einschätzung des eigenen Informationsstands über die Krise 2008/2009



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

© IfD-Allensbach

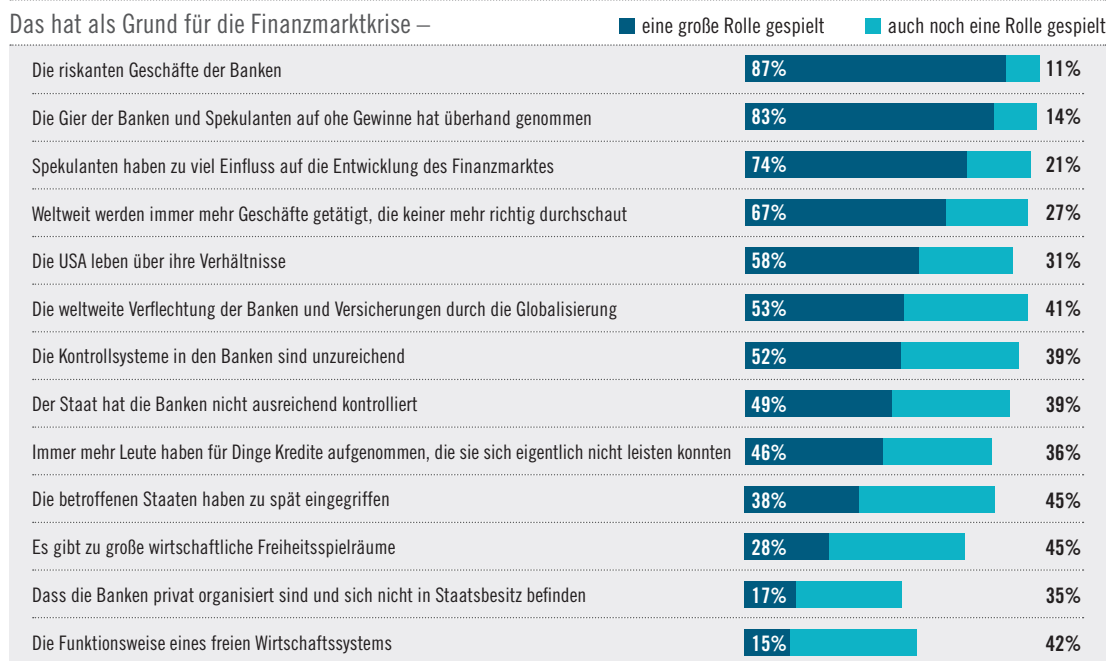
Ein guter Informationsstand, wie ihn sich hier die Mehrheit der Bevölkerung attestiert, ist zweifelsohne nicht das Wissen, das Experten als guten Informationsstand gelten lassen würden. Die Vorstellungen der Bürger, welche Ursachen zu der Abfolge an Krisen in den letzten Jahren geführt haben, belegen jedoch, dass die Mehrheit durchaus verstanden hat, welche Einflussfaktoren große Bedeutung hatten. So machte die überwältigende Mehrheit für die Finanzmarktkrise vor allem die spekulativen Geschäfte der Banken verantwortlich, die Gier nach immer größeren Gewinnen, den großen Einfluss von spekulativen Anlegern auf die Finanzmärkte, die Komplexität und Undurchschaubarkeit vieler Finanztransaktionen und die starken Anreize für staatliche wie private Haushalte in den USA, über die eigenen Verhältnisse zu leben. Auch die globalen Verflechtungen von Banken und Versicherungen, die aus spektakulären Einzelereignissen wie der Pleite von Lehmann Brothers internationale Schockwellen werden lassen, macht die große Mehrheit als Ursache aus, wie auch unzureichende Kontrollsysteme in der Finanzwirtschaft selbst wie im staatlichen Bereich.

2 Der sozioökonomische Status wird gebildet aus dem Bildungsabschluss, der beruflichen Position und den Einkommensverhältnissen. Der Kreis mit hohem sozioökonomischen Status macht rund 22 Prozent der Bevölkerung aus, Personen mit niedrigem ökonomischen Status rund 23 Prozent.

Am wenigsten macht die Bevölkerung dagegen die privatwirtschaftliche Verfassung des Finanzsystems und das marktwirtschaftliche System selbst verantwortlich. Während 87 Prozent überzeugt waren, dass die risikobehafteten Geschäfte der Banken besonders großen Einfluss auf die Finanzmarktkrise hatten, 83 Prozent die Gier von Banken und Spekulanten, 67 Prozent die mangelnde Transparenz vieler Finanzmarkttransaktionen als wesentliche Ursache ausmachten, zählten nur 28 Prozent zu große wirtschaftliche Freiheitsspielräume zu den wesentlichen Auslösern der Finanzmarktkrise, 17 Prozent die privatwirtschaftliche Organisation des Bankenwesens und ganze 15 Prozent die Funktionsweise eines freien Wirtschaftssystems.

Schaubild 17

Ursachenanalyse der Bevölkerung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage10030

© IfD-Allensbach

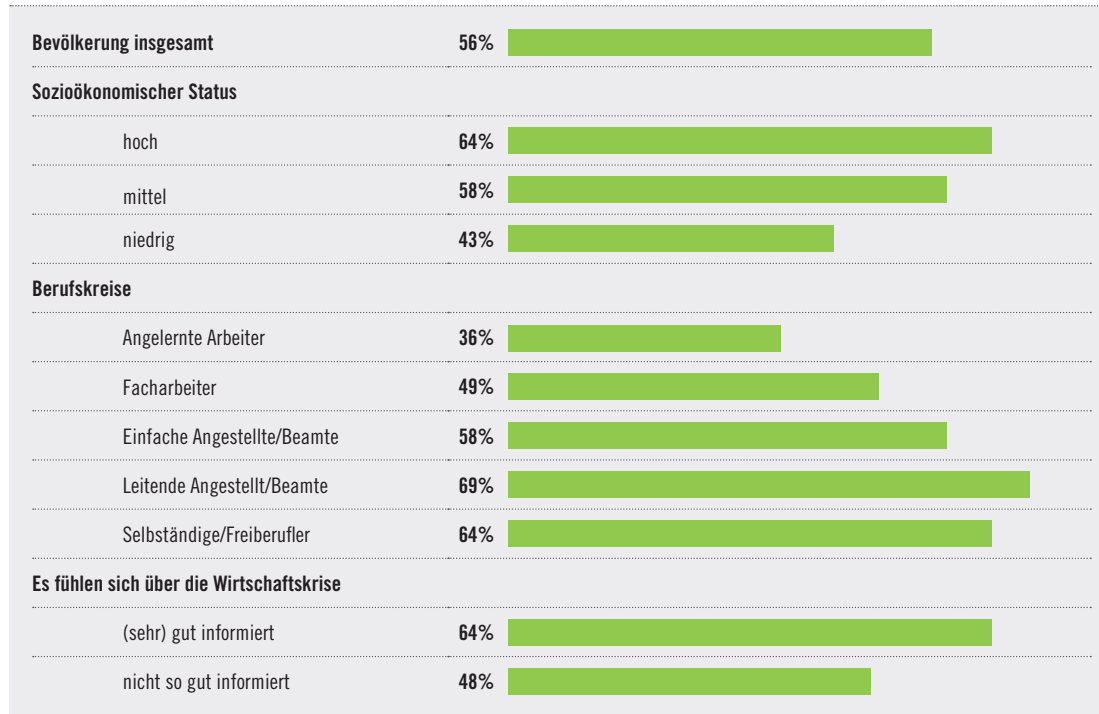
Die Rezession 2008/2009 ordnete die überwältigende Mehrheit als unmittelbare Folge der Finanzmarktkrise ein, verbunden mit dem konjunkturellen Einbruch der gesamten Weltwirtschaft. 82 Prozent sahen die Finanzmarktkrise als wesentliche Ursache der Wirtschaftskrise an. Dass viele Länder über ihre Verhältnisse gelebt hatten, hielten zu diesem Zeitpunkt lediglich 44 Prozent für eine entscheidende Ursache; dieser Aspekt schob sich erst während der Krise in der Euro-Zone in den Vordergrund.

Der Anteil der Bevölkerung, der die Rezession als Ergebnis normaler Konjunkturschwankungen missinterpretierte, lag zu diesem Zeitpunkt gerade einmal bei 17 Prozent. Es gibt allerdings auch Einflussfaktoren, die von den meisten nicht als solche erkannt wurden, obwohl sie durchaus Einfluss hatten. Dazu zählt das Missverhältnis zwischen der Entwicklung der Geldmenge und der Realwirtschaft. Lediglich 27 Prozent der Bürger zeigten sich überzeugt, dass die Krise auch durch zu viel Geld ausgelöst wurde, dem keine realen Werte gegenüberstanden. Auch die Kreditvergabepraxis der Banken wurde nur von 30 Prozent als wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Einbruchs eingeschätzt. Gleichzeitig war die Mehrheit zu diesem Zeitpunkt durchaus überzeugt, dass es Engpässe bei der Kreditvergabe gibt. 56 Prozent der Bevölkerung konstatierten eine Kreditklemme, überdurchschnittlich die höheren Sozialschichten und diejenigen, die den eigenen Informationsstand über die Wirtschaftskrise als gut oder sehr gut einstufen.

Schaubild 18

Kreditklemme?

Es sind überzeugt, dass es eine Kreditklemme gibt –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

© IfD-Allensbach

Als eine der Ursachen der tiefen Rezession 2008/2009 ordnete jedoch nur eine Minderheit diesen Aspekt ein. Auch die Zurückhaltung der Verbraucher wurde nur von knapp einem Drittel als eine der wesentlichen Ursachen ausgemacht. Auch wenn die Einschätzung der Bürger zeigt, dass sie den Einfluss einiger Aspekte unterschätzten, lassen die Ergebnisse jedoch erkennen, dass die wesentliche Kausalität von der Bevölkerung erfasst wurde.

Schaubild 19

Ursachenanalyse der Bevölkerung

Frage: »Woran liegt es, dass sich Deutschland zurzeit in einer wirtschaftlichen Krise befindet?«

Personen, die ihren Informationsstand über die Wirtschaftskrise einschätzen als –	Bevölkerung insgesamt	gut	weniger gut
	%	%	%
Weil die Banken zu hohe Risiken eingegangen sind und dabei viel Geld verloren haben	83	87	78
An den Auswirkungen der Finanzkrise	85	86	79
An der schlechten Lage der Weltwirtschaft	74	76	73
Weil viele Länder und auch private Haushalte über ihre Verhältnisse gelebt haben	44	46	42
Weil wichtige Branchen, wie z.B. die Automobilindustrie, zu wenig innovativ waren u. zu wenig für die Zukunft geplant haben	37	41	33
An der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung	33	29	38
Weil die Leute zu wenig Geld ausgeben, sich bei Anschaffungen zurückhalten	32	33	31
Weil die Banken den Unternehmen zu wenig Kredite geben	30	35	25
Weil es zu viel Geld gab, dem keine richtigen Werte gegenüberstanden	27	31	22
Am fehlenden Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft	27	28	27
Weil Deutschland im Bereich Forschung und Entwicklung zu wenig investiert	18	19	16
An ganz normalen Konjunkturschwankungen, also an Schwankungen beim Wirtschaftswachstum, wie es sie immer gibt	17	20	13
Weil der starke Euro die Exportchancen der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt	16	18	12

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

© IfD-Allensbach

Dasselbe gilt für die Vorstellungen von den Auslösern der Krise in der Euro-Zone. Der überwältigenden Mehrheit ist bewusst, dass die Haushaltspolitik vieler Länder die entscheidende Quelle des Problems ist. 79 Prozent nennen als eine der Hauptursachen, dass viele Mitgliedsländer über ihre Verhältnisse gelebt und zu hohe Schulden gemacht haben. Daneben macht die große Mehrheit auch die riskanten Geschäfte der Banken und die Intransparenz vieler dieser Geschäfte verantwortlich sowie die Aufnahmepraxis für die Euro-Zone, wodurch Länder aufgenommen wurden, die die Anforderungen für die Mitgliedschaft nicht erfüllten. 53 Prozent machen auch die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern der Euro-Zone als eine der wesentlichen Ursachen für die Krise aus, 52 Prozent die enge Verflechtung der Länder über die gemeinsame Währung, die bei Schwierigkeiten eines Landes sofort zu einer Ansteckungsgefahr für andere Länder führt.

Interessanterweise werden drei Aspekte, die in der Diskussion über die möglichen Auswege aus der Krise im Euro-Raum immer wieder angeführt werden, nur von einer Minderheit der Bevölkerung zu den wesentlichen Einflussfaktoren gezählt. Dazu gehört das Fehlen einer zentralen Steuerung und Kontrolle durch die EU, das Fehlen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik und die Kritik an der Größe der Euro-Zone. Nur 36 Prozent der Bevölkerung machen für die Krise in der Euro-Zone auch das Fehlen einer zentralen Steuerung und Kontrolle verantwortlich, 30 Prozent das Fehlen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik und ebenso viele die Größe der Euro-Zone, die große Zahl ihrer Mitglieder.

Schaubild 20

Ursachenanalyse der Bürger

Frage: » Was sind Ihrer Meinung nach die Hauptursachen für die derzeitige Krise der Euro-Zone?
Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste.«

	Bevölkerung insgesamt %
Viele Mitgliedsländer haben über ihre Verhältnisse gelebt und zu hohe Schulden gemacht	79
Die riskanten Geschäfte der Banken	74
Dass Länder in die Euro-Zone aufgenommen wurden, die die Anforderungen nicht erfüllt haben	64
Weltweit werden immer mehr Finanzgeschäfte getätigt, die keiner richtig durchschaut	57
Der Staat hat die Banken nicht ausreichend kontrolliert	56
Die Spekulanten haben zu viel Einfluss auf die Entwicklung der Finanzmärkte	56
Dass die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern der Euro-Zone zu groß sind	53
Die enge Verflechtung der Länder der Euro-Zone. Wenn ein Land in die Krise gerät, werden die anderen Länder mit hineingezogen	52
Die Finanzmärkte haben zu großen Einfluss auf die Politik	49
Es fehlt eine zentrale Steuerung und Kontrolle der EU	36
Dass es keine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer gibt	30
Die Euro-Zone ist zu groß, hat zu viele Mitglieder	30

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10083

© IfD-Allensbach

Dass die große Mehrheit den letztgenannten Aspekten keine große Bedeutung für die Krise zuschreibt, hat allerdings auch damit zu tun, dass sich nur eine Minderheit für eine Ausweitung der zentralen Steuerung durch die EU und eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik der Mitgliedsländer erwärmen kann. Viele Untersuchungen belegen das Muster, dass die Bevölkerung dazu tendiert, Maßnahmen, die sie nicht befürwortet, auch keine große Bedeutung zuzuschreiben.

Selektive Vertrauenskrise

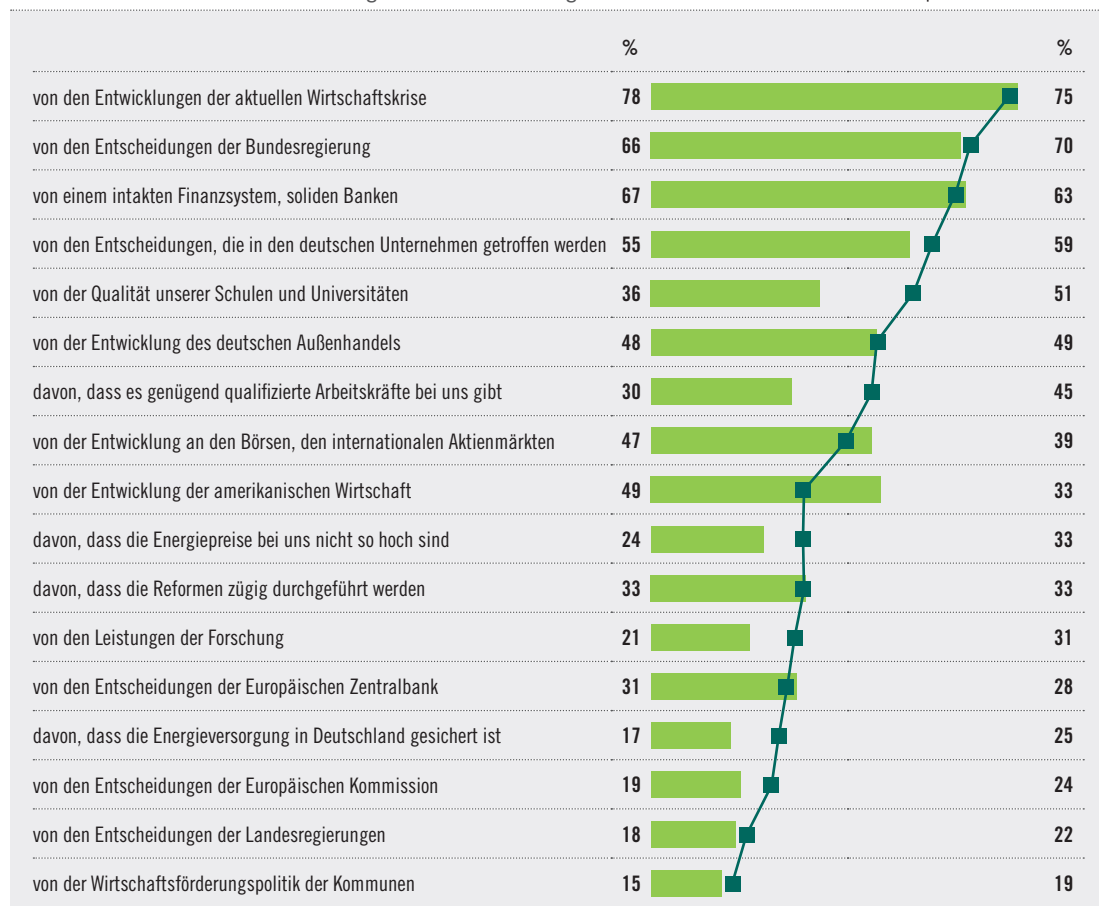
Neben der Identifikation und Einordnung der Ursachen der Krisen ist eine weitere entscheidende Frage, wieweit die Krisen das Weltbild der Bevölkerung und ihre ordnungspolitischen Vorstellungen verändert haben. Zunächst war in Folge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise eine starke Fokussierung auf wirtschaftliche Einflussfaktoren zu beobachten, die andere Themen zurückdrängte. Im Frühjahr 2009, als die Bevölkerung noch ganz unter dem Eindruck der Krise stand, war die überwältigende Mehrheit überzeugt, dass die weiteren wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands vor allem von dem weiteren Verlauf der Krise und einem intakten Finanzsystem abhängen sowie von den Entscheidungen der Bundesregierung. Daneben schrieb die Mehrheit noch den Entscheidungen, die in den deutschen Unternehmen getroffen werden, große Bedeutung zu, knapp jeder Zweite auch der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und der Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten. Andere Faktoren, die die Bevölkerung in normalen Zeiten höher gewichtet, traten demgegenüber zurück; dies gilt für die Bedeutung der Qualität des Bildungssystems, dem Angebot an Fachkräften, der Entwicklung der Energiepreise wie auch der Innovationskraft und Forschungsleistung. Schon im Oktober 2009 wurden alle diese Faktoren wieder stärker gewichtet als im April desselben Jahres.

Schaubild 21

Vorstellungen von den Einflussfaktoren auf die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland hängt ab –

■ April 2009 ■ Okt. 2009



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10036 und 10046

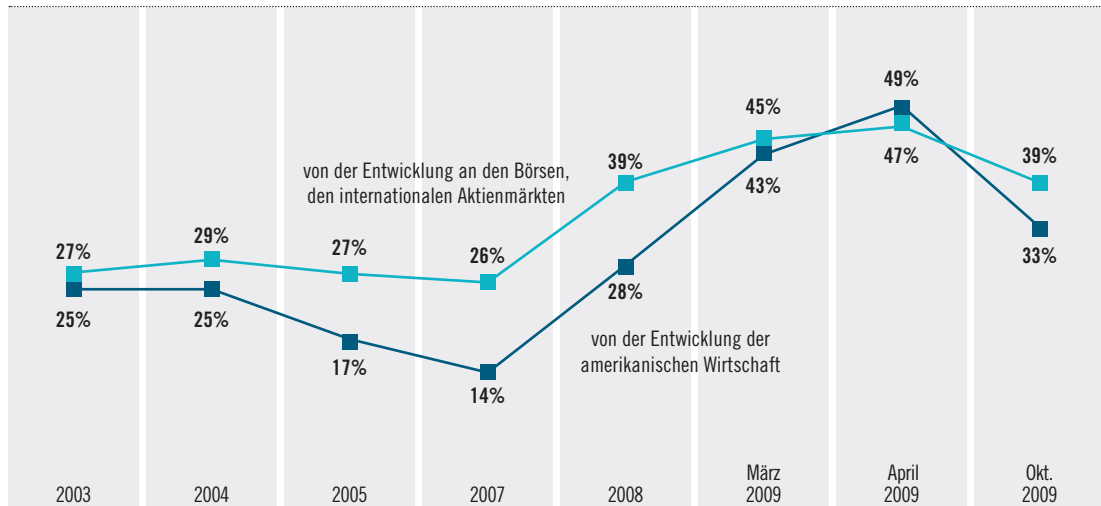
© IfD-Allensbach

Wie stark die Vorstellungen der Bevölkerung von den Einflussfaktoren auf die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise beeinflusst wurden, zeigt der Langzeittrend. In »normalen« Zeiten misst die Bevölkerung der Entwicklung an den internationalen Aktienmärkten oder auch der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft relativ geringe Bedeutung bei. So schwankte der Anteil, der der Entwicklung an den internationalen Börsen große Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zuschrieb, zwischen 2003 und 2007 lediglich zwischen 26 und 29 Prozent. Im Herbst 2008 lag dieser Anteil dann plötzlich bei 39 Prozent, im Frühjahr 2009 bei 47 Prozent und bildete sich in den Monaten danach wieder signifikant zurück. Noch stärker veränderten sich die Vorstellungen, wieweit die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft Einfluss auf die deutsche Konjunktur hat. 2007 maßen lediglich 14 Prozent der Bevölkerung der Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft große Bedeutung bei, im Frühjahr 2009 dagegen 49 Prozent, im Oktober desselben Jahres nur noch 33 Prozent.

Schaubild 22

Verändertes Bild von den Einflussfaktoren auf die deutsche Konjunktur

Frage: »Wovon hängt die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ab?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10046

© IfD-Allensbach

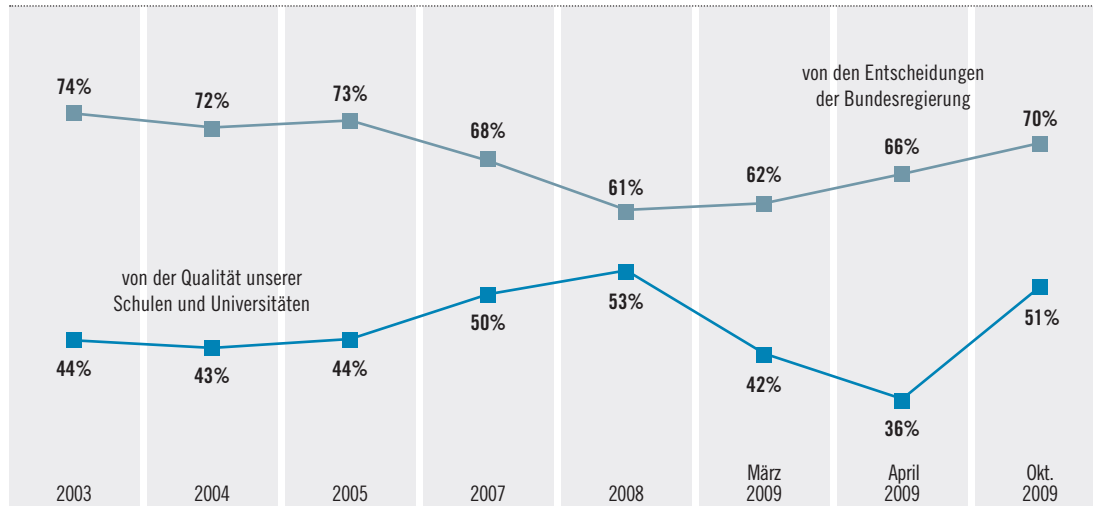
Umgekehrt wurde der Einfluss der Qualität des Bildungssystems während der Krise vorübergehend niedriger veranschlagt. Unmittelbar vor der Krise war gut die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands auch von der Qualität des Bildungssystems abhängen, im Frühjahr 2009 dagegen nur noch 36 Prozent. Im Oktober wurde die Bedeutung des Bildungssystems für die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes dagegen wieder genauso hoch bewertet wie unmittelbar vor der Krise.

Dasselbe gilt für die Einschätzung der Bedeutung der politischen Institutionen. Vor der Krise schrieben zwischen 68 und 74 Prozent der Bevölkerung den Entscheidungen der Bundesregierung große Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zu. Unter dem Eindruck der Krise sank dieser Anteil vorübergehend auf knapp über 60 Prozent. Der Tiefpunkt war mit 61 Prozent zum Zeitpunkt der Finanzmarktkrise erreicht, während im weiteren Verlauf der Wirtschaftskrise die Bedeutung der Entscheidungen der Bundesregierung zunehmend stärker betont wurde. Da die Regierung mit Konjunkturprogrammen in die Wirtschaftskrise eingriff, wurde sie zu diesem Zeitpunkt schon wieder stärker als wesentlicher Einflussfaktor gesehen als unmittelbar unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise im Herbst 2008.

Schaubild 23

Verändertes Bild von den Einflussfaktoren auf die deutsche Konjunktur

Frage: »Wovon hängt die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ab?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10046

© IfD-Allensbach

Eine weitere Folge war eine selektive Vertrauenskrise, die 2008/2009 vor allem die Banken betraf. Das Ansehen der Banken hat unter der Finanzmarktkrise erheblich und nachhaltig gelitten. Zwar überwogen bereits Ende 2007 kritische Urteile über die Banken gegenüber positiven Stimmen. Damals hatten 45 Prozent der Bevölkerung ein pauschal negatives Bild von den Banken, lediglich 25 Prozent eine positive Meinung. 30 Prozent bezogen zu diesem Zeitpunkt keinerlei Position, weder positiv noch negativ. Mit der Finanzmarktkrise kippte das Stimmungsbild völlig ins Negative. 2009 fielen nur noch 11 Prozent über die Banken ein positives Urteil, während sich 73 Prozent kritisch äußerten. Im Verlauf des Jahres 2010 nahm ein Teil der Bevölkerung die Kritik wieder zurück. Bisher deutet jedoch nichts darauf hin, dass die Banken in absehbarer Zeit wieder auch nur annähernd die – ebenfalls nicht sehr eindrucksvollen – Vertrauenswerte erreichen, die sie vor der Finanzmarktkrise verzeichnen konnten.

Schaubild 24

Ansehensverlust

Frage: »Haben Sie von den Banken eine gute Meinung oder keine gute Meinung?«

	%	Bevölkerung insgesamt				
		2007	2009	Mai 2010	Sept. 2010	2011
Gute Meinung	25	11	12	15	16	
Keine gute Meinung	45	73	70	64	63	
Unentschieden	30	16	18	21	21	
	100%	100%	100%	100%	100%	

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10079

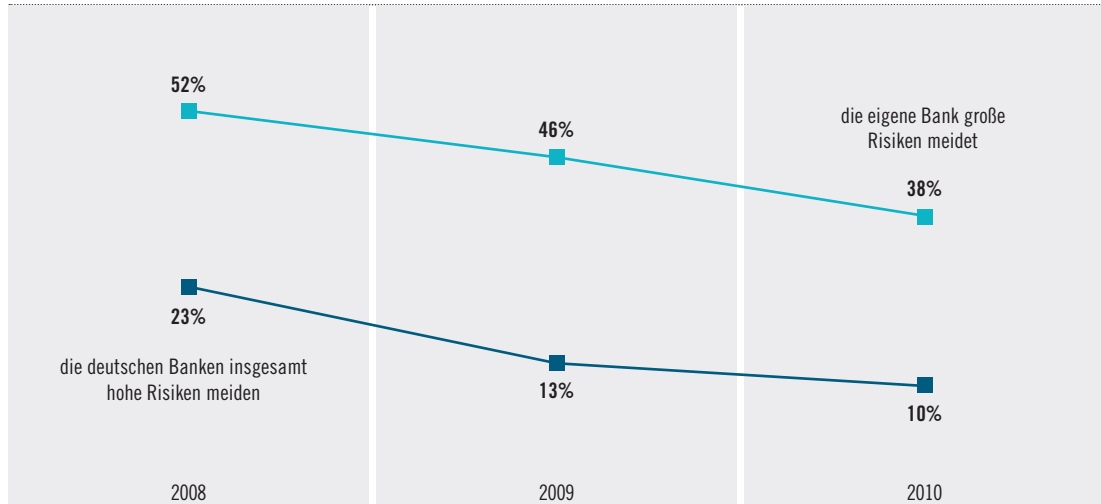
© IfD-Allensbach

Unter dem Eindruck der Krise verschlechterte sich nicht nur das Vertrauen in die Banken insgesamt, sondern auch das Vertrauen in die eigene Hausbank, das normalerweise ausgesprochen stabil ist. Von 2008 bis 2010 sank jedoch der Anteil der Bevölkerung, der überzeugt ist, dass die eigene Bank generell große Risiken meidet, von 52 auf 38 Prozent.

Schaubild 25

Vertrauensverluste

Es vertrauen darauf dass –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10028, 10033 und 10056

© IfD-Allensbach

Die Überzeugung, dass die Vermeidung von Risiken eine wesentliche Leitlinie ist, ging nicht nur in Bezug auf das Bankenwesen, sondern auch in Bezug auf Führungskräfte aus der Wirtschaft insgesamt zurück. So ordneten 2005 59 Prozent Managern generell Risikofreude zu, 2009 71 Prozent. Auch die Assoziationen zu Gier verstärkten sich nicht nur in Bezug auf Investmentbanker, sondern in Bezug auf Führungskräfte aus der Wirtschaft insgesamt.

Schaubild 26

Veränderungen im Managerbild

Das trifft auf Manager im Allgemeinen zu –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10033

© IfD-Allensbach

Dagegen hatte die Krise nur sehr begrenzte Auswirkungen auf die Überzeugung, dass im Vergleich zwischen Wirtschaft und Politik Führungskräfte aus der Wirtschaft über einen deutlichen Kompetenzvorsprung verfügen. Im Frühjahr 2008, Monate vor dem Ausbruch der Krise, zeigten sich 58 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass im Durchschnitt die fachliche Kompetenz von Führungskräften aus der Wirtschaft höher zu veranschlagen ist als in der Politik. Lediglich 5 Prozent schrieben der Politik einen Kompetenzvorsprung zu. Im Frühjahr 2009 konstatierten noch 52 Prozent einen Kompetenzvorsprung der Wirtschaft, 4 Prozent einen Kompetenzvorsprung der Politik. Auch die Trendanalysen des detaillierten Managerbildes zeigen, dass das Vertrauen in die Kompetenz der Führungskräfte aus der Wirtschaft kaum gelitten hat. Die einzige Ausnahme bildet hier die Überzeugung, dass Führungskräfte aus der Wirtschaft ein gutes Gespür für künftige Entwicklungen haben. Davon waren vor der Krise 48 Prozent überzeugt, danach nur 33 Prozent. Insgesamt hat das Vertrauen in die Kompetenz der Führungskräfte aus der Wirtschaft unter dem Eindruck der Krise jedoch nur sehr begrenzt gelitten; interessant ist jedoch, dass sich die Vertrauenseinbußen nach 2009, als die Wirtschaft sich wieder deutlich erholt hatte, fortsetzten. 2010 gingen nur noch 48 Prozent der Bevölkerung davon aus, dass Führungskräfte aus der Wirtschaft generell über einen Kompetenzvorsprung gegenüber der Politik verfügen.

Schaubild 27

Kompetenzvorsprung der Wirtschaft

Frage: »Was meinen Sie: Wo findet man heutzutage die fähigeren Leute, in welchem Bereich ist die fachliche Kompetenz von Führungskräften höher: in der Politik oder in der Wirtschaft?«

	%	Bevölkerung insgesamt		
		2008	2009	2010
In der Politik		5	4	5
In der Wirtschaft		58	52	48
Schwer zu sagen, keine Angabe		37	44	47
		100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10056

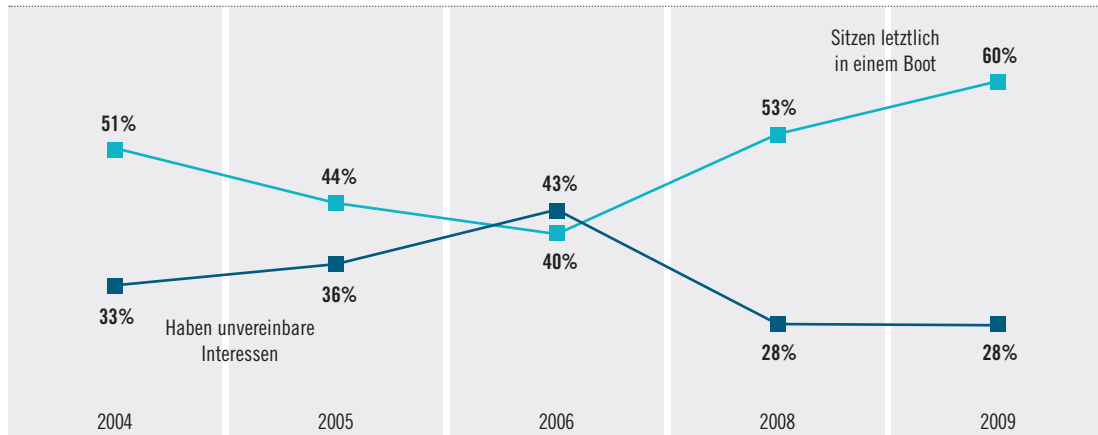
© IfD-Allensbach

Während damit zumindest begrenzt Auswirkungen auf das Zutrauen in die Kompetenz, das Gefahrenbewusstsein und die Prognosesicherheit von Führungskräften zu beobachten waren, haben die Krisen keineswegs zu einer Entfremdung zwischen der Bevölkerung und der Wirtschaft geführt – im Gegenteil. Unter dem Eindruck der Krise 2008/2009 verstärkte sich das Gefühl einer Schicksalsgemeinschaft von Wirtschaft und Bevölkerung, eine Entwicklung, die teilweise auch in der Phase der Wachstumsschwäche zu beobachten war. So waren 2004 51 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass Unternehmer und Bevölkerung letztlich in einem Boot sitzen und entsprechend in hohem Maße kongruente Interessen haben. Diese Einschätzung ging bis 2006 auf 40 Prozent zurück, und sprang zwischen 2008 und 2009 bis auf 60 Prozent. Umgekehrt ging die Überzeugung, dass Unternehmer und die breite Bevölkerung gegensätzliche Interessen haben, zwischen 2006 und 2009 von 43 auf 28 Prozent zurück.

Schaubild 28

In einem Boot

Frage: »Wenn es um die Zukunft des Landes geht: Haben Unternehmer und Bevölkerung völlig gegensätzliche, unvereinbare Interessen, oder sitzen sie letztlich in einem Boot?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10033

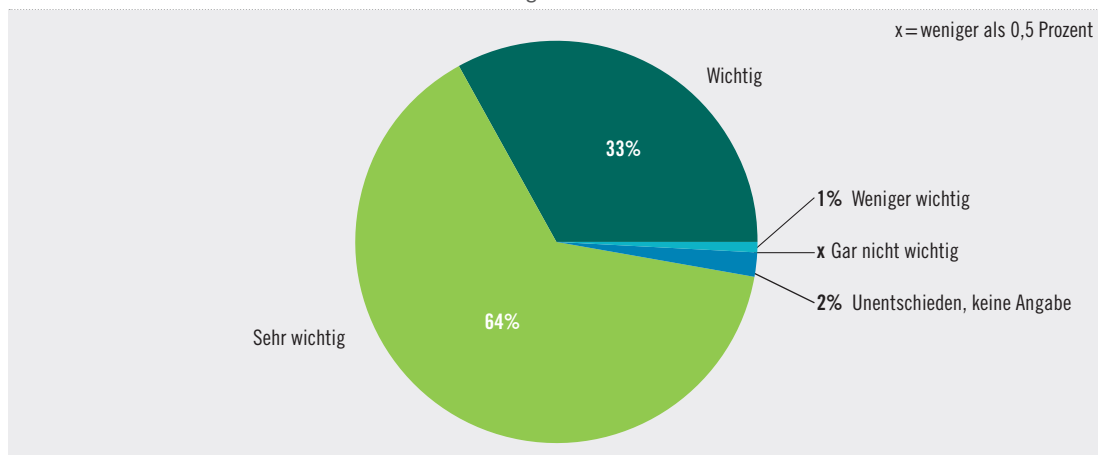
© IfD-Allensbach

Die Bedeutung einer starken Industrie für die wirtschaftlichen Perspektiven Deutschlands wurde unter dem Eindruck der Krisen von der Bevölkerung noch stärker betont als in normalen Zeiten. Im Frühsommer 2009 schrieb 97 Prozent einer starken Industrie große Bedeutung zu, 64 Prozent sogar eine sehr große Bedeutung. Generell hat die Industrie im Bewusstsein der deutschen Bevölkerung einen hohen Rang, der unter dem Eindruck der Krise nur noch höher veranschlagt wird. Dass Deutschland, anders als beispielsweise die USA oder Großbritannien, nicht einseitig auf den Dienstleistungssektor setzte und eine Deindustrialisierung verhinderte, hat auch mit der deutschen Mentalität, der Wertschätzung industrieller Leistung und mit spezifischen Begabungen zu tun.

Schaubild 29

Überragende Bedeutung einer starken Industrie für die Zukunftschancen Deutschlands

Frage: »Was würden Sie sagen: Wie wichtig ist eine starke Industrie für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Zukunftschancen Deutschlands? Würden Sie sagen ...«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10035

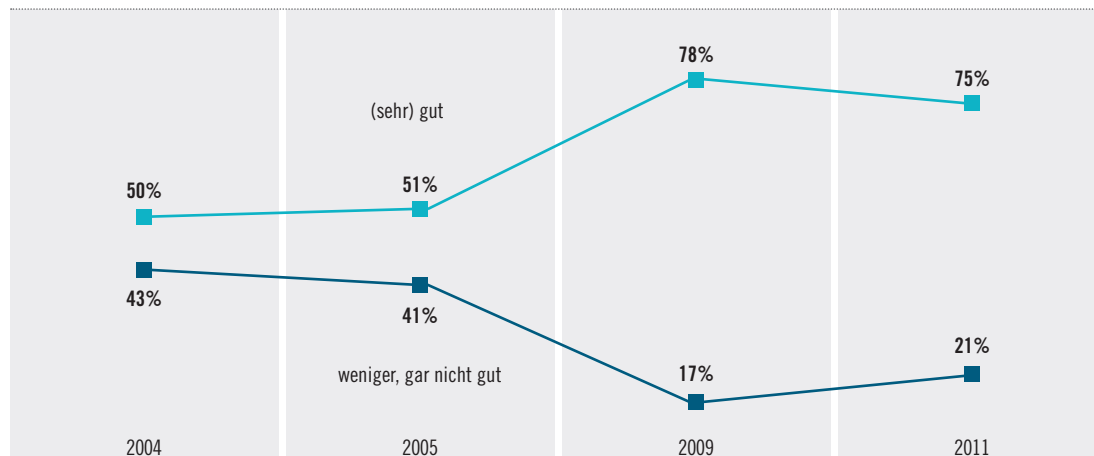
© IfD-Allensbach

Das Vertrauen der Bevölkerung in den Wirtschaftsstandort Deutschland wurde durch die Krise nicht angegriffen. Dieses Vertrauen hatte in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts unter dem Eindruck der jahrelangen Wachstumsschwäche und kontinuierlich steigenden Arbeitslosigkeit massiv gelitten. Damals fürchtete die Bevölkerung eine immer weitergehende Verlagerung von Produktionsstätten aus Deutschland heraus ins Ausland. Viele waren überzeugt, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe und auch künftig mit kontinuierlich steigenden Arbeitslosenzahlen und Wohlstandsverlusten zu kämpfen hätte. 2004 hielt nur die Hälfte der Bevölkerung Deutschland für einen guten Wirtschaftsstandort, 43 Prozent dagegen für einen weniger guten oder sogar schlechten Standort. 2005 fiel das Urteil nicht wesentlich anders aus. Der Aufschwung und sukzessive Aufbau der Beschäftigtenzahlen, der nach 2005 einsetzte, veränderte die Einschätzung der Bevölkerung völlig. Immer mehr wuchs das Zutrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Selbst im Frühsommer 2009, als die Bevölkerung noch ganz unter dem Eindruck des Konjkturereinbruchs in Folge der Finanzkrise stand, zeigten sich 78 Prozent überzeugt, dass Deutschland ein guter oder sogar sehr guter Wirtschaftsstandort ist, während nur 17 Prozent die Gegenposition vertraten. In den Jahren danach hat sich diese positive Einschätzung nur graduell verändert. Der anhaltende Beschäftigungsaufbau in Deutschland hat der Bevölkerung das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort zurückgegeben und auch durch die Krise hindurch erhalten.

Schaubild 30

Trotz Wirtschaftskrise deutlich günstigere Einschätzung des Standortes Deutschlands

Deutschland ist als Wirtschaftsstandort -



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10080

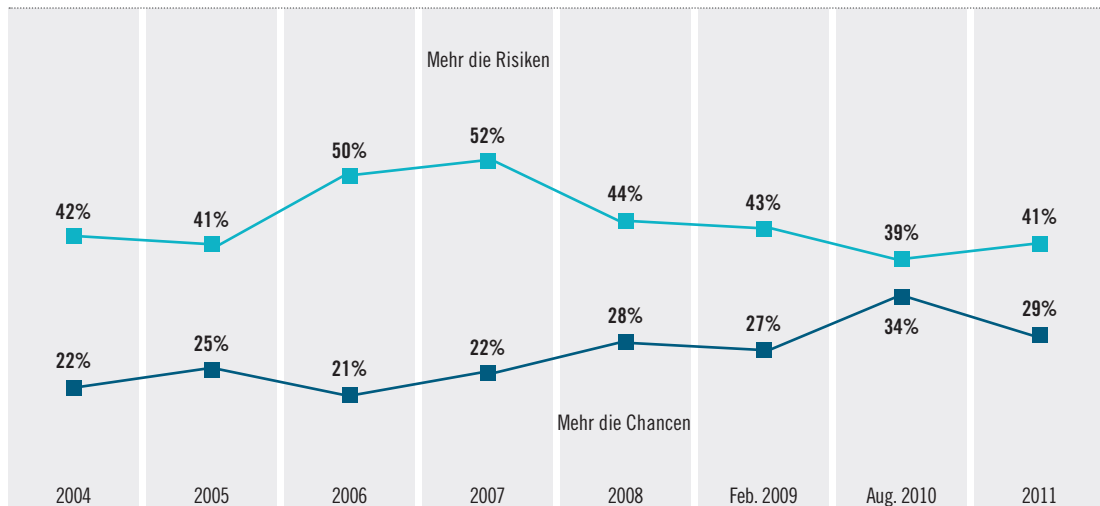
© IfD-Allensbach

Besonders bemerkenswert ist, dass sich die Grundhaltung zu den globalen Interdependenzen der Wirtschaft während der Krise 2008/2009 nicht negativ entwickelte; und dies, obwohl die internationale Verflechtung im Finanzsektor von der Bevölkerung als eine wesentliche Ursache der Finanzkrise identifiziert wurde, wie auch der Einfluss der Weltwirtschaft auf die deutsche Konjunktur als Grund für die Rezession. Trotzdem nahm zwischen 2007 und 2008 die Überzeugung, dass die Globalisierung überwiegend Risiken mit sich bringt, von 52 auf 44 Prozent ab und ging im Jahr 2009 weiter bis auf 39 Prozent zurück. Die Mehrheit verbindet jedoch keineswegs überwiegend Chancen mit der Globalisierung. Der Anteil der Bevölkerung, der mit Globalisierung überwiegend Chancen assoziiert, stieg im selben Zeitraum lediglich von 22 bis auf 28 Prozent an. Generell tendiert die deutsche Bevölkerung trotz der starken Exportorientierung und der Exporterfolge der deutschen Wirtschaft dazu, Globalisierung mehr mit Risiken als mit Chancen zu assoziieren. Dass sich diese skeptische Grundhaltung unter dem Eindruck der Krise jedoch nicht verstärkte, sondern gegenüber 2006 und 2007 sogar signifikant verbesserte, ist zweifelsohne eine unerwartete Entwicklung.

Schaubild 31

Globalisierungschancen und -risiken

Frage: »Wenn von Globalisierung die Rede ist, was überwiegt dann bei Ihnen:
Sehen Sie da alles in allem mehr die Chancen oder mehr die Risiken?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10067

© IfD-Allensbach

Insgesamt blieben die Kollateralschäden der Krisen von 2008 und 2009 auf das Vertrauen der Bürger in die Akteure und die Wirtschaft abseits des Bankenwesens begrenzt. Die Krise in der Euro-Zone hatte mehr Vertrauensverluste zur Folge, die insbesondere die gemeinsame Währung und das Vertrauen in die europäische Ebene betreffen.

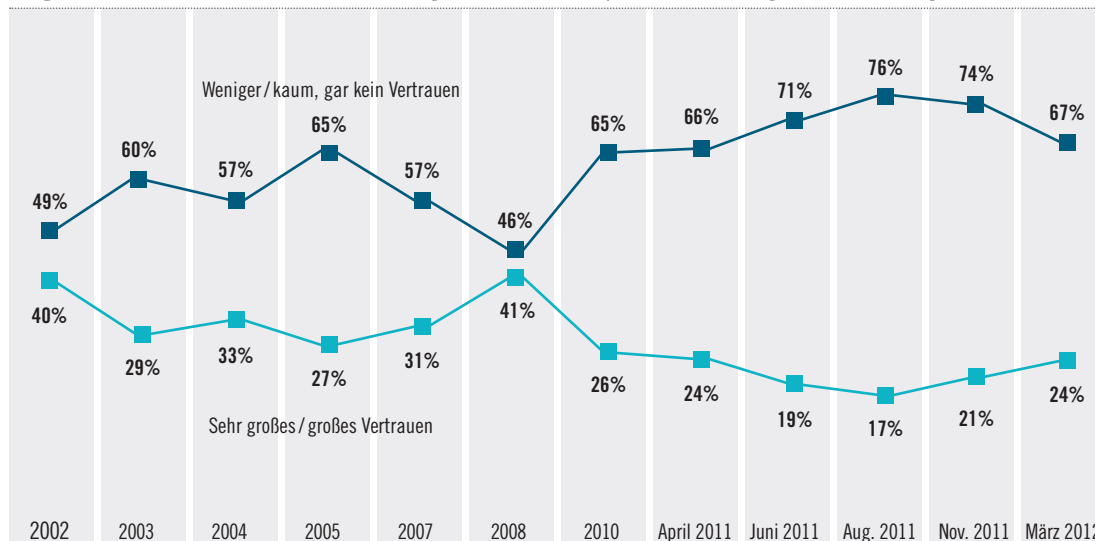
Die Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone unterbrach jäh den Prozess der allmählichen Vertrauensbildung gegenüber der europäischen Währung. Die deutsche Bevölkerung hatte sich immens schwer getan, von der nationalen Währung Abschied zu nehmen. Die Währungsumstellung war von erheblichen Ängsten begleitet. Dass sie reibungslos vonstatten ging, führte zu einem kurzfristigen Vertrauensschub, der aber nur wenige Monate anhielt. Unmittelbar nach der Währungsumstellung Anfang 2002 bekundete knapp die Hälfte der Bevölkerung Vertrauen in die europäische Währung, ein Wert, der danach nie mehr erreicht wurde. Schon ein Jahr später überwog im Verhältnis 2:1 das Misstrauen. Erst nach 2005 nahm das Vertrauen in die gemeinsame Währung wieder zu; zwischen 2005 und 2008 stieg der Anteil der Bevölkerung, der zu der europäischen Währung Vertrauen gefasst hatte, von 27 auf 41 Prozent an.

Mit der Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone brach dieses Vertrauen wieder geradezu erdrutschartig zusammen. Anfang 2010 hatten nur noch 26 Prozent der deutschen Bevölkerung Vertrauen in die gemeinsame Währung; die Vertrauensverluste setzten sich danach über das ganze Jahr 2011 hinweg fort. Im Spätsommer 2011 lag der Vertrauenspegel gerade noch bei 17 Prozent.

Schaubild 32

Vertrauensverluste für die europäische Währung

Frage: »Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Würden Sie sagen...«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10087

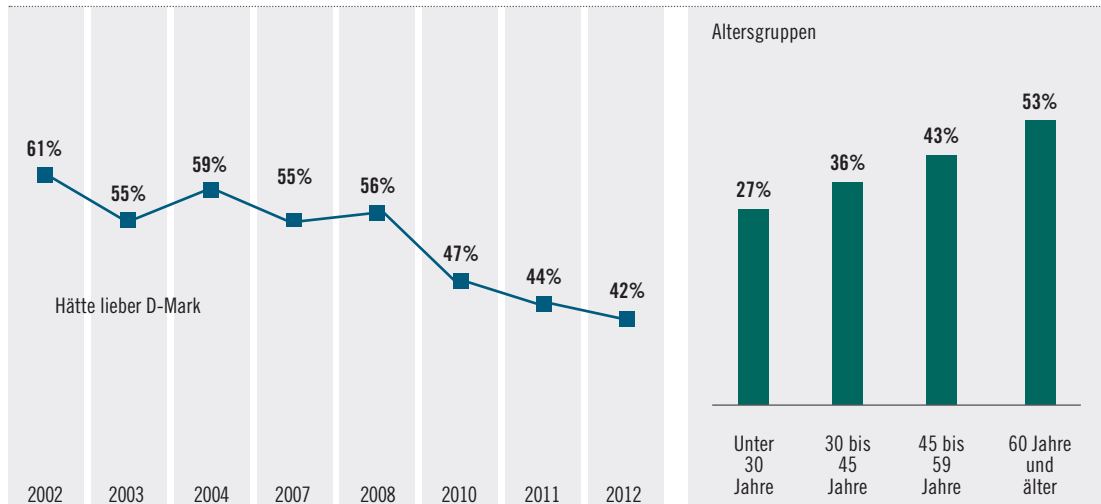
© IfD-Allensbach

Weite Kreise der Bevölkerung bezweifeln, dass es die gemeinsame europäische Währung auch in 10 Jahren noch geben wird. Gleichzeitig ist die Rückkehr zur nationalen Währung für die Bürger immer weniger eine Hoffnungsvision. So sehr das Vertrauen in die europäische Währung durch die Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone gelitten hat, so wenig haben diese Ereignisse die emotionale Loslösung von der früheren nationalen Währung unterbrochen. Der Anteil der Bevölkerung, der sich die nationale Währung zurückwünscht, ist seit 2002 mit nur leichten Schwankungen von 61 auf 42 Prozent zurückgegangen. Dieser Prozess der Distanzierung setzte sich auch nach 2010 kontinuierlich fort. Die Bevölkerung wächst gleichsam aus der früheren nationalen Währung heraus. Insbesondere die Jüngeren können sich eine Rückkehr zu der nationalen Währung nicht mehr vorstellen, nur die 60-Jährigen und Älteren wünschen sich noch mit knapper Mehrheit die D-Mark zurück.

Schaubild 33

Anhaltende Distanzierung von der nationalen Währung

Frage: »Hätten Sie lieber wieder die D-Mark, oder würden Sie das nicht sagen?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10087

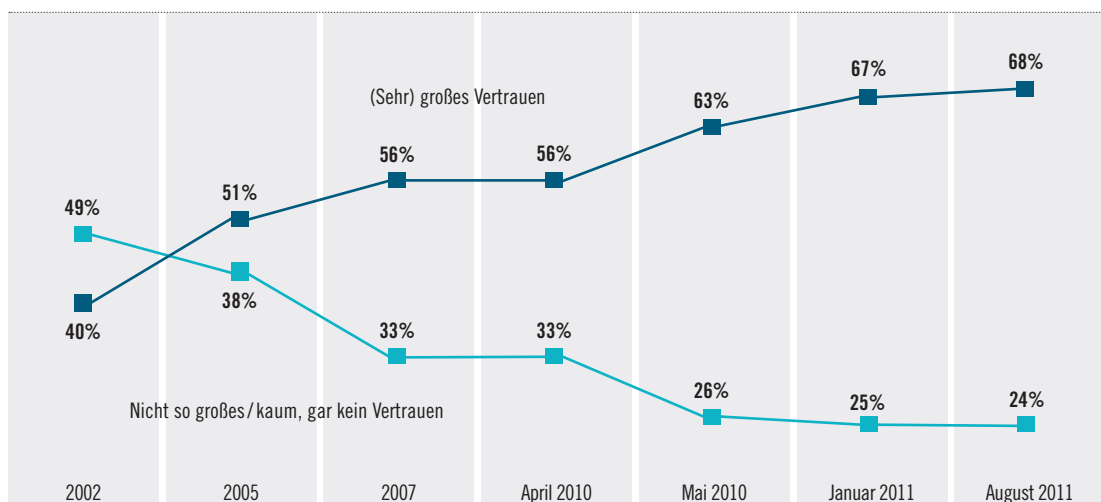
© IfD-Allensbach

Die Vertrauensverluste betrafen jedoch keineswegs nur die europäische Währung, sondern auch die europäische Union insgesamt und ihre Institutionen. Schon vor der Zuspitzung der Schuldenkrise bekundete nur eine Minderheit Vertrauen in die EU. Im Frühjahr 2010, als die Sorgen über die Auswirkungen der griechischen Schuldenkrise immer mehr in den Vordergrund traten, ging das Vertrauen jedoch binnen weniger Wochen und nachhaltig weiter zurück. Eine ähnliche Entwicklung war gleichzeitig in Bezug auf die EZB zu beobachten.

Schaubild 34

Sinkendes Vertrauen in die EU

Frage: »Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10087

© IfD-Allensbach

Dazu kamen die Zweifel an der Befähigung der europäischen wie nationalen Politik, die Krise erfolgreich einzudämmen. Zu keinem Zeitpunkt hatte die Mehrheit Zutrauen, dass die getroffenen Maßnahmen auch nur das griechische Problem lösen könnten, geschweige denn die Verschuldungsprobleme in der Euro-Zone insgesamt. Nach dem zweiten Rettungspaket für Griechenland hatten lediglich 9 Prozent der Bevölkerung Zutrauen, dass sich damit die Lage Griechenlands stabilisieren wird, während 78 Prozent überzeugt waren, dass schon in Kürze erneut Unterstützung für Griechenland mobilisiert werden muss.¹ Ende 2011 hatte sich bei der überwältigenden Mehrheit der Bürger vor allem der Eindruck festgesetzt, dass die politischen Entscheidungsträger angesichts der Krise in der Euro-Zone völlig ratlos sind. 72 Prozent der Bevölkerung hatten diesen Eindruck gewonnen, in den politisch interessierten Bevölkerungskreisen 74 Prozent.

Schaubild 35

Eindruck von Ratlosigkeit

Frage: »Wenn Sie einmal an die Krise in der Euro-Zone denken: Haben Sie den Eindruck, die Politik weiß, wie man die Krise in den Griff bekommen kann, oder haben Sie eher den Eindruck, dass die Politik nicht weiß, wie sie vorgehen soll, dass sie ratlos ist?«

	%	Bevölkerung insgesamt	Politisch-	
			Interessierte	Desinteressierte
Politik weiß es		14	15	12
Politik weiß es nicht, ist ratlos		72	74	71
Unentschieden, keine Angabe		14	11	17
		100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10082

© IfD-Allensbach

Diese Eindrücke machen die Frage besonders interessant, welche Schlussfolgerungen die Bürger aus dieser wie aus der vorherigen Krise in Bezug auf die Rolle des Staates gezogen haben, insbesondere wieweit die Krisen die Unterstützung für staatliche Interventionen gestärkt oder geschwächt haben.

1 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10076

Reaktionen auf die staatlichen Interventionen

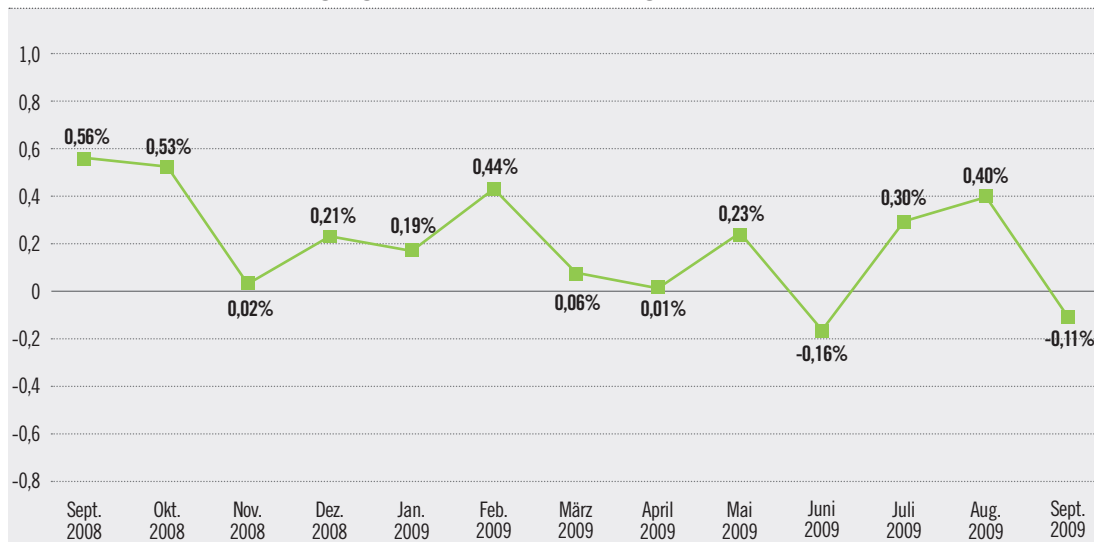
Im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009 griff die Regierung mit zwei Konjunkturprogrammen ein, die sich zusammen auf rund 80 Milliarden Euro summierten. Das erste Konjunkturprogramm wurde bereits im November 2008 beschlossen, das zweite, der »Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland zur Sicherung der Arbeitsplätze, Stärkung der Wachstumskräfte und Modernisierung des Landes« im Januar 2009. Die Programme sollten vor allem Infrastrukturmaßnahmen anstoßen bzw. beschleunigen, Konsumanreize durch Entlastungen für die Bürger setzen und Unternehmen dabei unterstützen, den Personalbestand während der Krise weitgehend beizubehalten. Unter anderem stellte die Regierung im Rahmen des zweiten größeren Konjunkturprogramms 10 Milliarden Euro für ein kommunales Investitionsprogramm zur Verfügung, 4 Milliarden für Investitionen in das Autobahnnetz, 450 Millionen an Forschungsgeldern für mittelständische Unternehmen und 9,5 Milliarden für die Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Zusätzlich wurde zur Stimulierung der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen im Januar 2009 die Umweltprämie beschlossen, die sich in der öffentlichen Diskussion nur unter dem Begriff »Abwrackprämie« etablierte. Insgesamt wurden für diese Maßnahme aus einem Sondervermögen des Bundes rund 5 Milliarden Euro bereitgestellt. Dazu kamen massive Rettungsmaßnahmen im Bankenwesen, unter anderem zur Stabilisierung von Landesbanken, der Commerzbank und der IKB.

Die staatlichen Interventionen trafen überwiegend auf Zustimmung, und zwar in der veröffentlichten wie in der öffentlichen Meinung. Inhaltsanalysen von Nachrichtensendungen, die das Institut für Publizistik der Universität Mainz von September 2008 bis September 2009 durchführte, belegen, dass der Medientenor in Bezug auf die staatlichen Interventionen fast im gesamten Zeitraum überwiegend positiv war.

Schaubild 36

Grundtenor hinsichtlich staatlicher Intervention im Zeitverlauf

Mittelwerte; von -2 »wird eindeutig abgelehnt« bis +2 »wird eindeutig befürwortet«



Basis: Nachrichtensendungen von September 2008 bis September 2009

Quelle: Institut für Publizistik der Universität Mainz

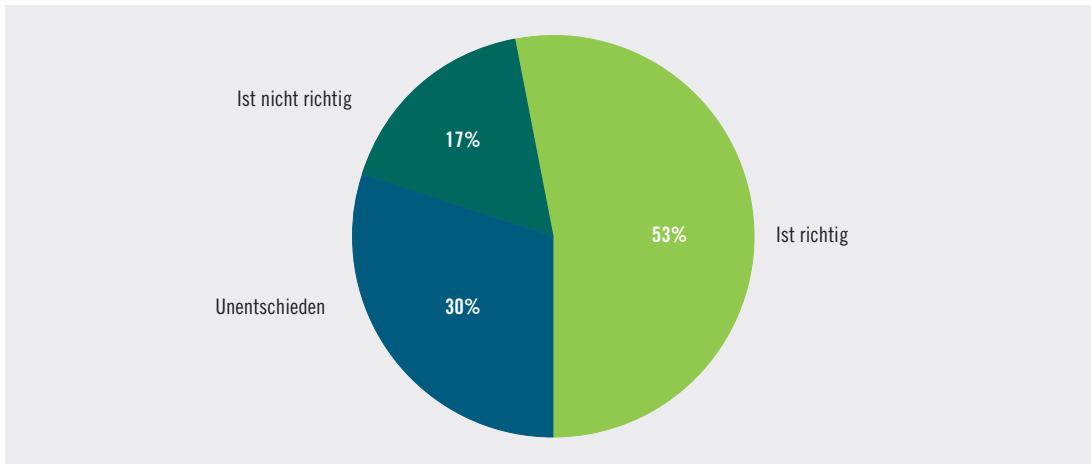
© IfD-Allensbach

Auch in der Bevölkerung überwog eindeutig die Zustimmung zu den verstärkten staatlichen Interventionen während der Krise. So unterstützten im Frühjahr 2009 53 Prozent der Bevölkerung die staatlichen Interventionen, während sich nur 17 Prozent dagegen aussprachen.

Schaubild 37

Breite Unterstützung für staatliche Eingriffe in Zeiten der Krise

Frage: »Der Staat versucht ja zurzeit, die Wirtschafts- und Finanzkrise dadurch abzuschwächen, dass er stärker in die Wirtschaft eingreift. Wie sehen Sie das: Ist es richtig, dass der Staat jetzt stärker in die Wirtschaft eingreift, oder ist das nicht richtig?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10036

© IfD-Allensbach

Noch breiter war die Zustimmung zu vermehrten Interventionen in das Bankenwesen. Im Oktober 2008, wenige Wochen nach Ausbruch der Finanzmarktkrise, sprachen sich 63 Prozent der Bevölkerung für vermehrte Eingriffe des Staates in das Bankenwesen aus, im Dezember bereits 71 Prozent. 2009 verlor diese Forderung zwar vorübergehend wieder deutlich an Unterstützung; mit der Zuspitzung der Krise in der Euro-Zone und der Spekulation der Märkte gegen überschuldete Staaten erreichte die Unterstützung für vermehrte Eingriffe in das Bankenwesen jedoch einen neuen Höhepunkt. Ende 2011 sprachen sich 79 Prozent der Bevölkerung dafür aus, dass der Staat künftig stärker in das Bankenwesen eingreifen solle als bisher.

Schaubild 38

Ruf nach mehr Interventionen

Frage: »Wie sehen Sie das: Sollte der Staat angesichts der derzeitigen Krise in Zukunft stärker ins Bankenwesen eingreifen, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht notwendig?«

	%	Okt. 2008	Dez. 2008	2009	2011	2012
Stärker eingreifen		63	71	46	79	65
Nicht notwendig		14	11	28	7	15
Unentschieden, keine Angabe		23	18	26	14	20
	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10028, 10030, 10033, 10083, 10087

© IfD-Allensbach

Die Unterstützung für die Konjunkturprogramme und die staatlichen Eingriffe in das Bankenwesen bedeutet jedoch keineswegs, dass die Bürger die staatlichen Interventionen ohne Einschränkungen positiv bewerteten. Zwar hielten nur 10 Prozent das erste Rettungspaket für einen Fehler; 42 Prozent waren zu diesem Zeitpunkt überzeugt, dass es ohne das Eingreifen der Regierung zumindest auf den Finanzmärkten zu einer Katastrophe gekommen wäre. Gleichzeitig monierten jedoch 41 Prozent, dass es nicht

anginge, dass die Regierung mit ihren Rettungsaktionen die Folgen des Fehlverhaltens von Banken teilweise ausgleicht und damit die Finanzinstitute vor den vollen Konsequenzen bewahrt. 43 Prozent bezweifelten, dass dieses Konjunkturprogramm die richtigen Instrumente beinhaltet. 60 Prozent prophezeiten, dass die Stützung von Banken dazu führen würde, dass künftig auch andere Branchen Garantien verlangen. Vor allem war die überwältigende Mehrheit jedoch überzeugt, dass die Rechnung für das Konjunkturprogramm an den Bürger weitergereicht wird. Interessanterweise wurden die meisten Kritikpunkte weit überdurchschnittlich von den Bevölkerungskreisen vorgebracht, die auch dem Wirtschaftssystem der Bundesrepublik generell kritisch gegenüberstehen, während umgekehrt die Befürworter des Systems weit überdurchschnittlich Anerkennung für die staatlichen Interventionen äußerten.

Schaubild 39

Reaktionen auf das Rettungspaket der Bundesregierung

Es haben vom Wirtschaftssystem –

	Bevölkerung insgesamt	eine gute Meinung	keine gute Meinung
	%	%	%
Die Rechnung für das Rettungspaket zahlt der Bürger	76	72	83
In Zukunft werden auch andere Branchen Garantien vom Staat verlangen	60	62	59
Ich habe Zweifel daran, dass das Rettungspaket der Bundesregierung das richtige Mittel ist	43	33	52
Ohne das Eingreifen der Politik hätte es eine Katastrophe auf dem Finanzmarkt gegeben	42	55	31
Es darf nicht sein, dass die Regierung das Fehlverhalten der Banken auf diese Weise unterstützt	41	29	57
Es war wichtig, dass die Bundesregierung mit ihrem Rettungspaket wieder Ruhe u. Vertrauen im Finanzwesen hergestellt hat	28	45	14
Es ist beruhigend, dass die Bundesregierung so entschlossen gehandelt hat	28	45	15
Ich glaube, das Rettungspaket war ein Fehler	10	4	19

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10030

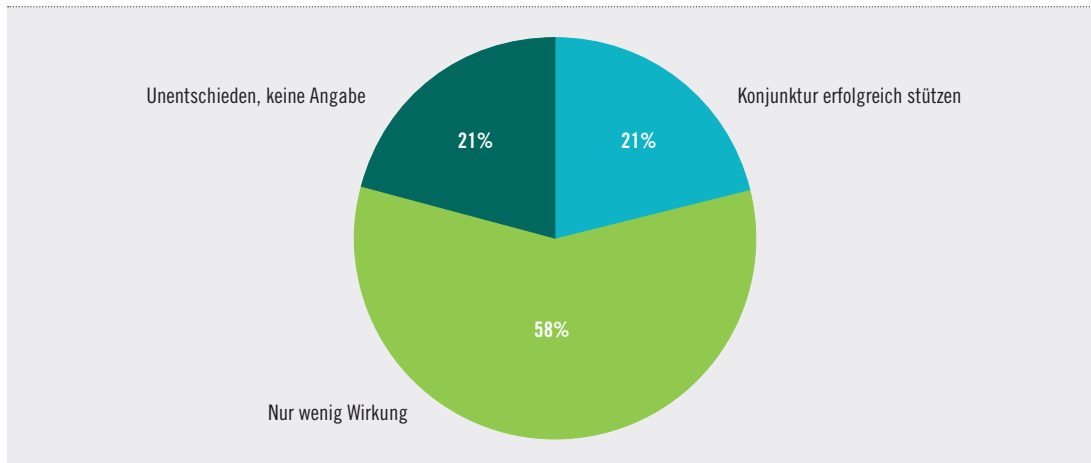
© IfD-Allensbach

Nach der Verabschiedung des zweiten Konjunkturprogramms äußerte die große Mehrheit Zweifel, ob mit diesem Programm das Ziel, die Konjunktur nachhaltig zu stützen, wirklich erreicht werden kann. Nur 21 Prozent der Bevölkerung waren überzeugt, dass es mit dem zweiten Konjunkturpaket im Volumen von über 50 Milliarden Euro gelingen würde, die Konjunktur erfolgreich zu stützen, 58 Prozent äußerten dezidierte Zweifel. Durchgängig zeigt sich während der Krisen der letzten Jahre das Muster, dass die Bürger zwar staatliches Handeln erwarten, den getroffenen Maßnahmen jedoch in der Regel nur geringe Erfolgchancen einräumen. Dies gilt für die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wie für die Krise in der Euro-Zone.

Schaubild 40

Zweifel an den Erfolgchancen

Frage: »Um die Konjunktur in Deutschland zu unterstützen, hat die Bundesregierung ja kürzlich ein zweites Konjunkturpaket beschlossen und dafür 50 Milliarden Euro bereitgestellt. Glauben Sie, dass es der Bundesregierung damit gelingen wird, die Konjunktur erfolgreich zu stützen, oder glauben Sie, das zeigt nur wenig Wirkung?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

© IfD-Allensbach

Die staatlichen Stützungsmaßnahmen im Bankenwesen wurden im Verlauf der Krise zunehmend kritischer gesehen. Hielten sich beispielsweise Unterstützung und Ablehnung für die staatliche Beteiligung an der Commerzbank Ende 2008 noch die Waage, überwog schon wenige Monate später klar die Ablehnung. Im Frühjahr 2009 unterstützten noch 30 Prozent der Bevölkerung die staatliche Beteiligung an der Commerzbank, während sie von 42 Prozent abgelehnt wurde.

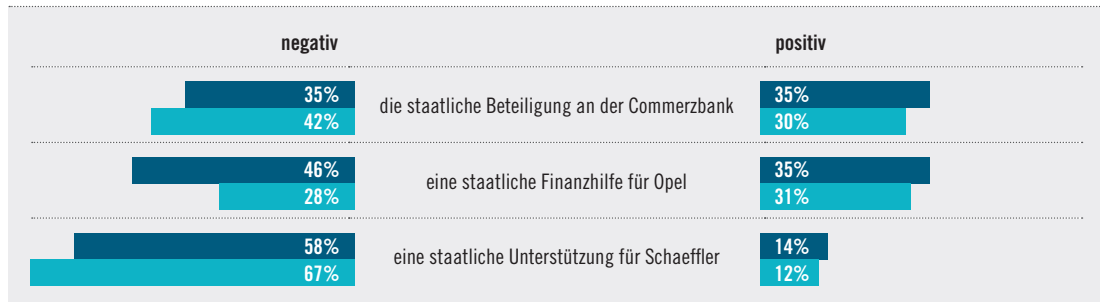
Im selben Zeitraum wurde auch über Rettungsmaßnahmen für einige große Industrieunternehmen diskutiert. Während der Fall Schaeffler immer von der überwältigenden Mehrheit kritisch gesehen und jegliche staatlichen Rettungsaktionen abgelehnt wurden, ging die Ablehnung für eine Unterstützung von Opel vorübergehend zurück. Während sich Ende 2008 46 Prozent und damit eine klare relative Mehrheit gegen staatliche Finanzhilfen für Opel aussprachen, lag dieser Anteil im Frühjahr 2009 nur noch bei 28 Prozent. Die Reaktionen der Bevölkerung auf konkrete Rettungsmaßnahmen bzw. öffentlich geführte Debatten über mögliche Rettungsmaßnahmen zeigen, dass es in der Bevölkerung keineswegs eine klare Grunddisposition dazu gibt, dass der Staat großen Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten, grundsätzlich helfen soll.

Schaubild 41

Unterschiedliche Bewertung einzelner Rettungsmaßnahmen

Es bewerten –

■ Ende 2008 ■ 2009



Basis: Bundesrepublik Deutschland; Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10031 und 10036

© IfD-Allensbach

Grundsätzlich ist die Mehrheit zwar überzeugt, dass es durchaus Fälle gibt, in denen staatliche Stützungsmaßnahmen für Unternehmen sinnvoll sind. Das gilt aus der Sicht der Bevölkerung vor allem, wenn viele Arbeitsplätze gefährdet sind, ein Konkurs des Unternehmens weitreichende Folgen hätte und wenn davon ausgegangen werden kann, dass das Unternehmen in der Substanz gesund ist und es entsprechend nur kurzfristig in Schwierigkeiten ist. Im April 2009, als intensiv über Stützungsmaßnahmen für Unternehmen diskutiert wurde, hielten es immerhin 73 Prozent der Bevölkerung für sinnvoll, Unternehmen zu stützen, wenn eine große Zahl von Arbeitsplätzen in Gefahr ist, 63 Prozent, wenn eine Havarie des Unternehmens enorme Folgewirkungen auf die Wirtschaft insgesamt hätte. Gleichzeitig hielten es 66 Prozent für sinnvoll, die Hilfsmaßnahmen auch unter dem Aspekt zu entscheiden, ob das Unternehmen gesund ist und entsprechend nach der Krise gute Zukunftsperspektiven hat. Alle anderen Aspekte hielt die Mehrheit, meistens die große Mehrheit, für keinen überzeugenden Grund, Unternehmen zu stützen. So hält die überwältigende Mehrheit es weder für einen überzeugenden Grund, wenn es sich um ein traditionsreiches und in seiner Branche bedeutendes Unternehmen handelt, wenn nationale Sicherheitsinteressen betroffen sind oder das Unternehmen im Bereich Zukunftstechnologien engagiert ist.

Schaubild 42

Haltung zur staatlichen Unterstützung von Unternehmen**Frage:** »In welchen Fällen sollte der Staat Unternehmen unterstützen, die in die Krise geraten sind?«

	April 2009	Okt. 2009
	%	%
Wenn viele Arbeitsplätze gefährdet sind	73	73
Wenn ein Konkurs des Unternehmens enorme Folgen für die Wirtschaft insgesamt hätte	63	60
Wenn das Unternehmen nur kurzfristig in Schwierigkeiten ist, insgesamt aber gesund ist	66	56
Wenn das Unternehmen viele Zulieferbetriebe hat, die von dem Unternehmen abhängen	48	50
Wenn dadurch keine anderen Unternehmen benachteiligt werden	30	30
Wenn es sich um ein rein deutsches Unternehmen handelt	28	26
Wenn die Manager des Unternehmens keine Schuld an der Krise des Unternehmens haben	31	21
Wenn nationale Sicherheitsinteressen betroffen sind, das Unternehmen bspw. Hochtechnologie od. Rüstungsgüter erstellt	16	21
Wenn das Unternehmen im Bereich Zukunftstechnologien arbeitet	21	18
Wenn es um ein sehr altes, traditionsreiches Unternehmen geht	13	16
Wenn das Unternehmen in seiner Branche eine herausragende Stellung hat	16	14
Gar nicht, in keinem Fall	4	10

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10036 und 10046

© IfD-Allensbach

Besonders bemerkenswert ist die Bedeutung, die die Bevölkerung der Frage beimisst, ob die Probleme des betroffenen Unternehmens vorübergehend sind oder dauerhaft. Die Grundhaltung zu kontinuierlichen staatlichen Subventionen für Wirtschaftszweige oder einzelne Unternehmen, die für sich alleine nicht bestehen könnten, ist überwiegend kritisch. Hier überzeugt auch das Argument, dass auf diesem Wege Arbeitsplätze erhalten werden, die Mehrheit nicht mehr. Zwar plädieren immerhin 31 Prozent der Bevölkerung dafür, dass der Staat Betriebe und Wirtschaftszweige, die alleine nicht lebensfähig sind, finanziell unterstützt, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Die Mehrheit schließt sich jedoch dem ordnungspolitischen Argument an, dass Subventionen unwirtschaftliche Betriebe und Branchen künstlich am Leben erhalten und damit nicht nur Ressourcen fehlallokieren, sondern auch den Wettbewerb verzehren. Dieses ordnungspolitische Argument wird insbesondere von Selbständigen und Berufstätigen in Leitungsfunktionen unterstützt, während sich als einzige Gruppe der Kreis der angelernten Arbeiter mit relativer Mehrheit für kontinuierliche Subventionen für Branchen und Unternehmen ausspricht.

Gegen kontinuierliche Subventionen für Branchen und Unternehmen

Frage: »Hier auf diesem Bildblatt unterhalten sich zwei über Subventionen, über die staatliche Unterstützung von Wirtschaftszweigen, die alleine nicht lebensfähig sind. Wem von beiden würden Sie eher zustimmen?«

	%	Bevölkerung insgesamt	Berufskreise				
			Angelernte Arbeiter	Facharbeitende	Einfache Angestellte/ Beamte	Leitende Angestellte/ Beamte	Selbständige/ Freie Berufe/ Landwirte
»Ich finde es richtig, dass der Staat Betriebe und Wirtschaftszweige, die alleine nicht lebensfähig sind, finanziell unterstützt. Dadurch werden viele Arbeitsplätze erhalten.«		31	43	34	33	24	22
»Durch Subventionen werden die unwirtschaftlichen Betriebe und Branchen nur künstlich am Leben erhalten. Das kostet viel Geld, das der Steuerzahler aufbringen muss, und schadet dem Wettbewerb.«		50	37	46	51	56	56
Unentschieden		19	20	20	16	20	22
		100%	100%	100%	100%	100%	100%

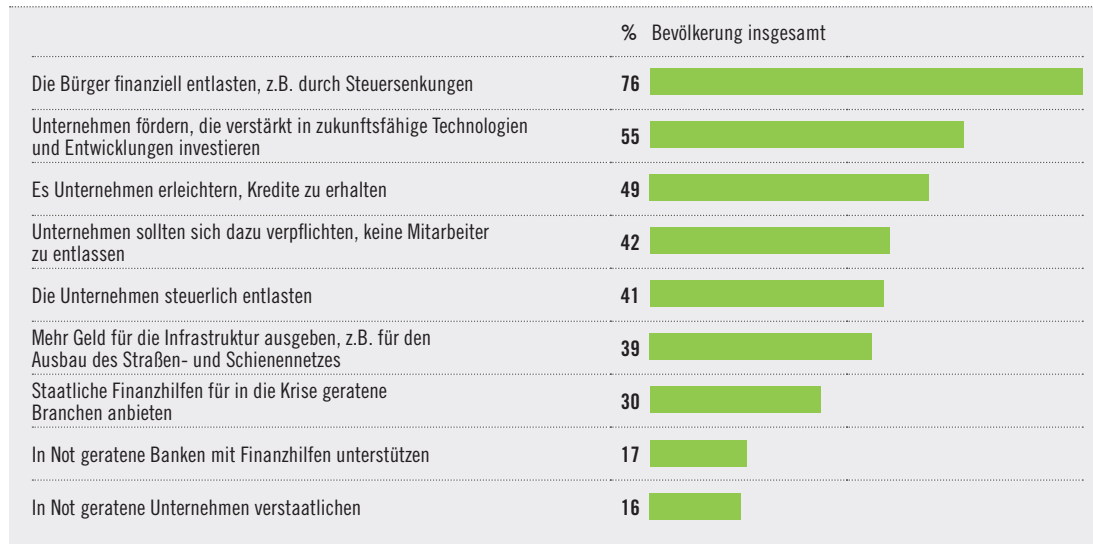
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

Auch wenn in Krisensituationen vorübergehende staatliche Finanzhilfen teilweise durchaus breite Unterstützung finden, rangieren solche Hilfen in den Vorstellungen der Bevölkerung, wie Krisen erfolgreich zu bekämpfen sind, weit unten. Während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hielt es die Bevölkerung vor allem für sinnvoll, die Bürger finanziell zu entlasten, Unternehmen zu fördern, die in zukunftsfähige Technologien investieren, und Unternehmen den Zugang zu Krediten zu sichern. Dass 76 Prozent der Bevölkerung vor allem die finanzielle Entlastung der Bürger durch Steuersenkungen für sinnvoll hielten, hat natürlich auch mit der eigenen Interessenlage zu tun. Bemerkenswert ist jedoch die Rangfolge, die die Bevölkerung in Bezug auf die Unterstützung von Unternehmen herstellt. Während es 55 Prozent zur Bekämpfung der Krise für sinnvoll hielten, Unternehmen zu fördern, die verstärkt in zukunftsfähige Technologien investieren, und 49 Prozent dem Zugang zu Krediten große Bedeutung beimaßen, plädierten nur 30 Prozent generell für staatliche Finanzhilfen für in die Krise geratene Branchen. Noch deutlich weniger, 17 Prozent der Bürger, hielten es für sinnvoll, generell in Not geratene Banken mit Finanzhilfen zu unterstützen, 16 Prozent, in Not geratene Unternehmen vollständig in die staatliche Obhut zu überführen.

Schaubild 44

Sinnvolle Massnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise aus Sicht der Bevölkerung



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

© IfD-Allensbach

So unterschiedlich verschiedene staatliche Interventionen beurteilt werden, unterstützt doch grundsätzlich eine stabil starke relative Mehrheit staatliche Eingriffe, wenn es wirtschaftliche Probleme gibt. Der Kreis derjenigen, die generell für möglichst wenig Interventionen plädieren, schwankt im Allgemeinen in der engen Bandbreite zwischen 29 und 36 Prozent. Dies war auch während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise der Fall. Ende 2008 sprachen sich 29 Prozent für einen möglichst zurückhaltenden Staat aus, 2009 stabil rund ein Drittel der Bevölkerung.

Schaubild 45

Weitgehend stabile Grundhaltungen während der Krise 2008/2009

Frage: »Hier unterhalten sich zwei darüber, wie sehr der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?«

	%	2005	2008	Feb. 2009	Okt. 2009
»Ich bin der Meinung, der Staat sollte so wenig wie möglich in die Wirtschaft eingreifen. Ohne staatliche Eingriffe läuft die Wirtschaft besser, und davon haben alle etwas.«	36	29	33	34	
»Das sehe ich anders. Die Wirtschaft ist so wichtig, dass sich der Staat intensiv darum kümmern muss. Darum sollte er auf jeden Fall eingreifen, wenn es in der Wirtschaft Probleme gibt.«	49	50	48	48	
Unentschieden	15	21	19	18	
	100%	100%	100%	100%	

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7074, 10028, 10033, 10046

© IfD-Allensbach

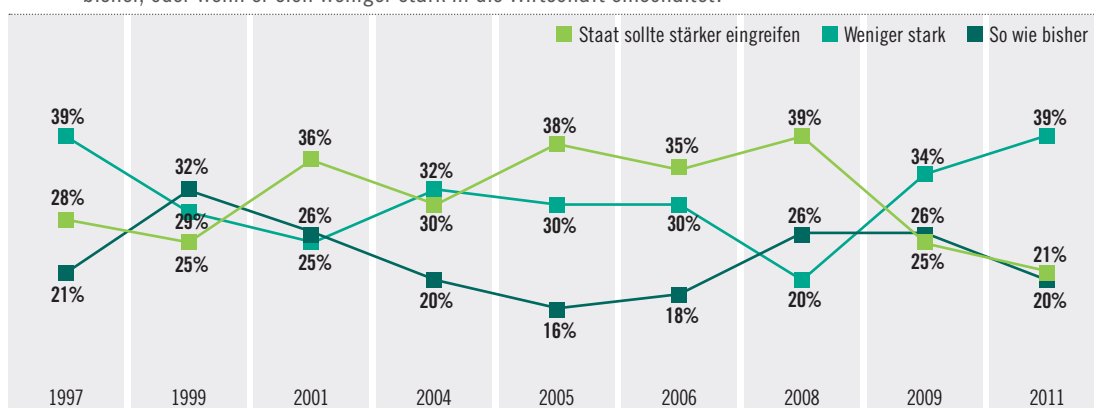
Stärkere Schwankungen als diese Grundhaltung zeigen dagegen die Reaktionen auf den wirtschafts-politischen Kurs und die jeweiligen staatlichen Interventionen in Krisensituationen. So bewegte sich der Anteil der Bevölkerung, der verstärkte staatliche Eingriffe in die Wirtschaft unterstützte, in den letzten anderthalb Jahrzehnten zwischen 25 Prozent und 39 Prozent, der Anteil, der für eine größere Zurückhaltung des Staates plädierte, zwischen 20 Prozent und 39 Prozent.

Langfristig hat sich die Unterstützung für mehr staatliche Interventionen erhöht. Dieser Trend wurde allerdings 2009 im Gefolge von kontroversen Diskussionen über staatliche Stützungsmaßnahmen für einzelne Branchen und Unternehmen kurzfristig unterbrochen. So ging die Unterstützung für eine aktivere Rolle des Staates zwischen Ende 2008 und Herbst 2009 von 39 auf 25 Prozent zurück, während die Forderung nach mehr Zurückhaltung von 20 auf 34 Prozent anstieg. Diese Trendwende war jedoch nur von kurzer Dauer. 2011 glich das Meinungsbild wieder exakt dem Ergebnis von 2008.

Schaubild 46

Mehr Staatseinfluss auf die Wirtschaft?

Frage: »Ganz allgemein gefragt: Finden Sie es besser, wenn der Staat sich stärker in die Wirtschaft einschaltet als bisher, oder wenn er sich weniger stark in die Wirtschaft einschaltet?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10082

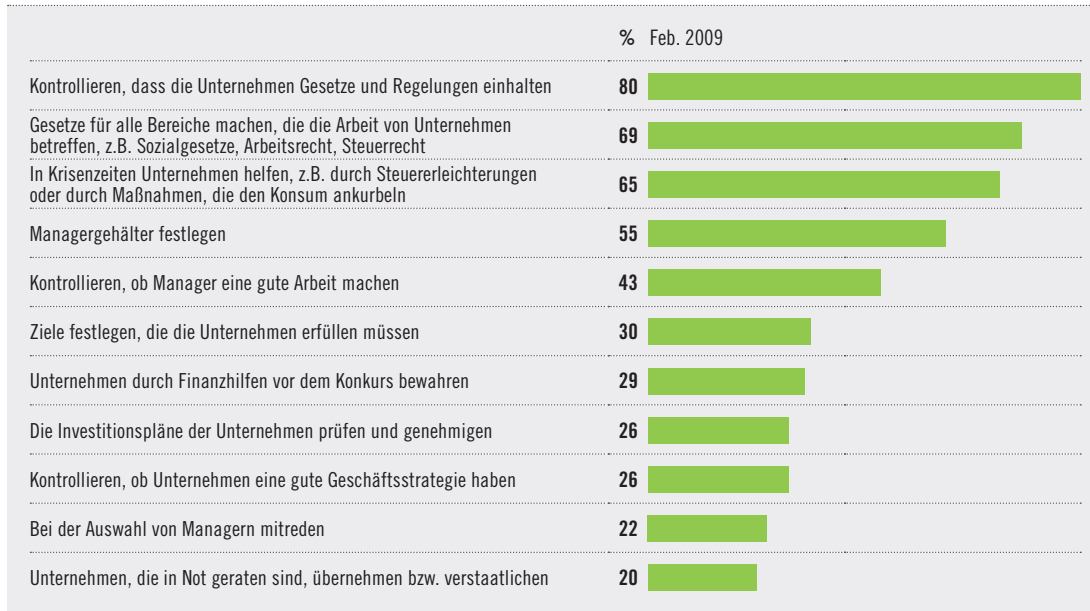
© IfD-Allensbach

Ökonomische Krisen beeinflussen die Vorstellungen, wie der Staat in die Wirtschaft eingreifen sollte. Dies geht zum einen auf das Ausmaß und die Entwicklung der ökonomischen Probleme zurück, zum anderen auf den Verlauf der öffentlichen Diskussionen über die Rolle des Staates. In Phasen einer krisenhaften Zuspitzung tendiert die Bevölkerung dazu, dem Staat deutlich mehr Spielraum einzuräumen, und zwar keineswegs nur für Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur. Anfang 2009, als die Bevölkerung ganz unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise und des unmittelbar folgenden Konjunkturerinbruchs stand, war der Kreis, der dem Staat großen Einfluss bis hin zur Steuerung von Unternehmen einräumen wollte, bemerkenswert groß. 65 Prozent hielten es zu diesem Zeitpunkt grundsätzlich für richtig, dass der Staat der Wirtschaft durch Konjunkturprogramme und Steuererleichterungen hilft; darüber hinaus gestanden jedoch 55 Prozent dem Staat auch zu, Einfluss auf Managergehälter zu nehmen, 43 Prozent die Kontrolle der Arbeit des Managements, 26 Prozent die Prüfung und Genehmigung von Investitionsplänen. Ebenso viele wollten dem Staat das Recht einräumen, die Strategie von Unternehmen zu überprüfen, 22 Prozent, bei der Auswahl des Managements mitzubestimmen. Damit waren bemerkenswert große Kreise der Bevölkerung bereit, dem Staat Aufgaben zuzuweisen, die in einem marktwirtschaftlichen System von Eigentümern und Aufsichtsräten wahrgenommen werden.

Schaubild 47

Vorstellungen von der Rolle des Staates unter dem Eindruck der Krise Anfang 2009

Frage: »Welchen Einfluss sollte der Staat Ihrer Meinung nach auf die Wirtschaft haben?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10033

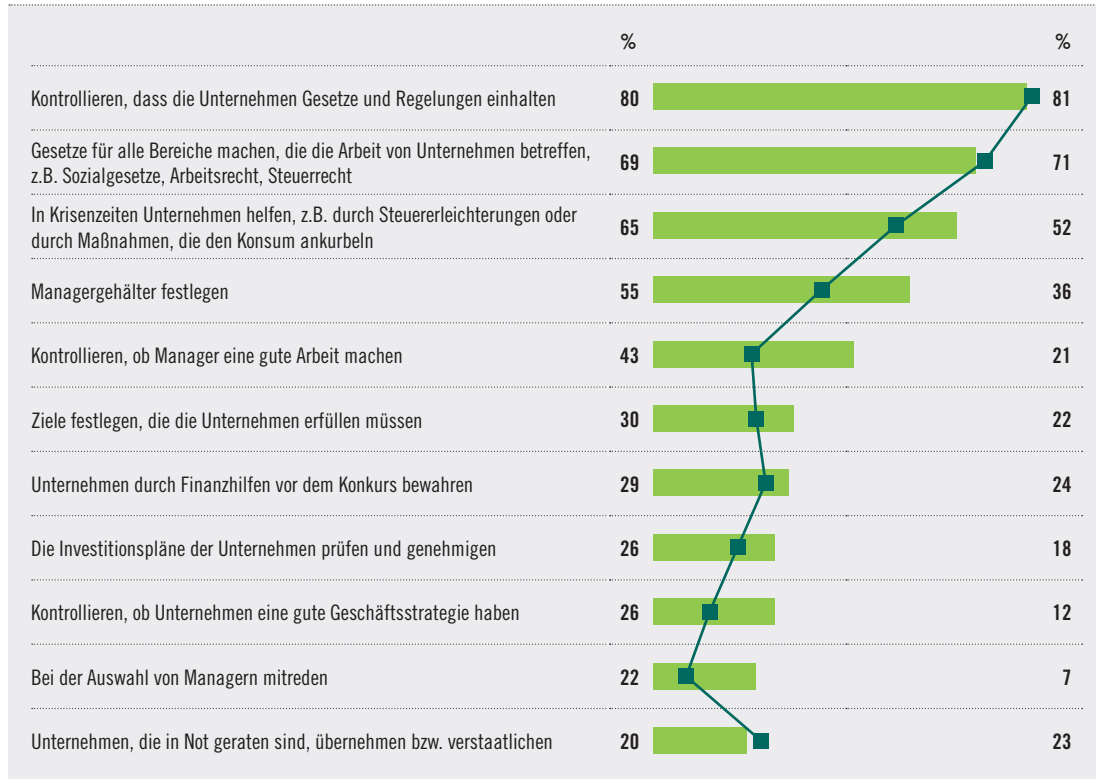
© IfD-Allensbach

Zwei Jahre später, als die Wirtschaftskrise weitgehend überwunden war, zogen die Bürger weitaus engere Grenzen für staatliche Interventionen. Während die überwältigende Mehrheit dem Staat völlig stabil die Kontrolle zuweist, ob Unternehmen die geltenden Gesetze und Regelungen einhalten und auch das Recht, für alle wirtschaftsrelevanten Felder wie Arbeitsbedingungen, Soziales oder Steuern Gesetze zu erlassen, ging die Unterstützung für Konjunkturprogramme und direkte Eingriffe in die Unternehmen signifikant zurück. Der Anteil, der dem Staat die Aufgabe zuwies, Unternehmen in Krisenzeiten zu unterstützen, sank zwischen Februar 2009 und Ende 2011 von 65 auf 52 Prozent. Noch stärker wurden Forderungen zurückgenommen, der Staat müsse auf die Gehälter von Managern Einfluss nehmen (von 55 auf 36 Prozent), die Arbeit des Managements kontrollieren (von 43 auf 21 Prozent) oder die Geschäftsstrategie überprüfen (von 26 auf 12 Prozent).

Schaubild 48

Veränderung der Vorstellungen von der Rolle des Staates zwischen 2009 und 2011

Frage: »Welchen Einfluss sollte der Staat Ihrer Meinung nach auf die Wirtschaft haben?« ■ Feb. 2009 ■ Nov. 2011



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10033 und 10082

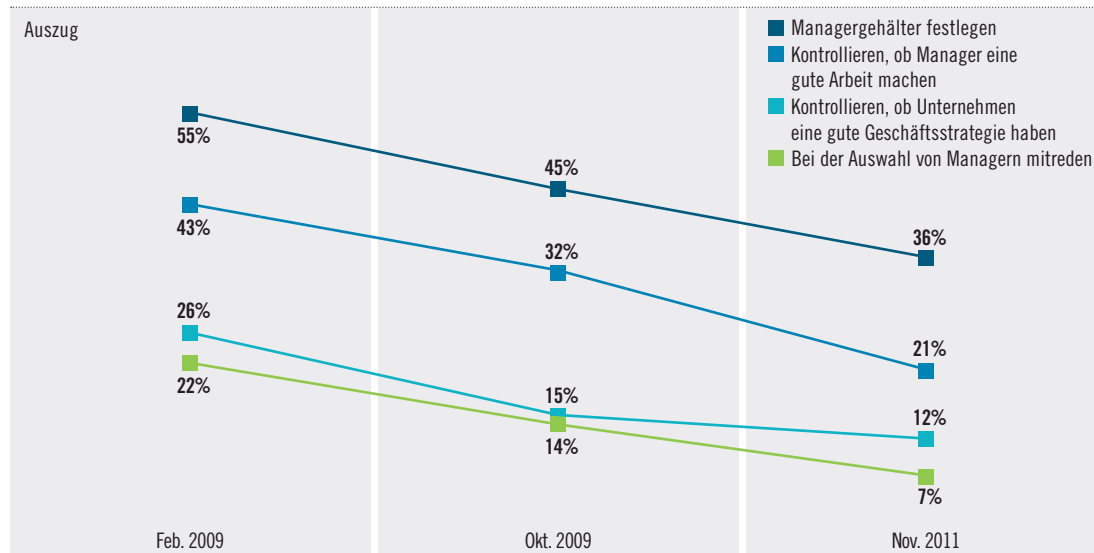
© IfD-Allensbach

Dabei veränderten sich die Einstellungen der Bevölkerung nicht erst ein, zwei Jahre nach der Krise, sondern schon im Verlauf des Jahres 2009. Bereits zwischen Februar und Oktober 2009 ging der Anteil der Bevölkerung, der dem Staat auch die Aufgabe der Kontrolle von Geschäftsstrategien bei Unternehmen zuweisen wollte, von 26 auf 15 Prozent zurück, der Anteil, der dem Staat Einfluss auf Managergehälter zubilligen wollte, von 55 auf 45 Prozent. Diese Trendentwicklungen zeigen, dass sich unmittelbar unter dem Eindruck einer Krise die Einstellungen der Bevölkerung und ihre Vorstellungen von der idealen Rolle des Staates bemerkenswert stark verändern. Das heißt auch, dass die politischen Spielräume für eine Ausweitung staatlicher Einflussnahme auf die Wirtschaft in Krisenzeiten deutlich größer werden.

Schaubild 49

Veränderte Vorstellungen von der Rolle des Staates

Frage: »Welchen Einfluss sollte der Staat Ihrer Meinung nach auf die Wirtschaft haben?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10033, 10046, 10082

© IfD-Allensbach

Auch abseits von Krisenphasen gibt es beachtliche Spielräume für staatliche Regulierung, und zwar sowohl im wirtschaftlichen Bereich wie auch in anderen Bereichen. Das gilt vor allem bei Maßnahmen, die nach dem Empfinden der Mehrheit einem guten Zweck dienen. So unterstützt die Mehrheit nicht nur staatliche Verbote von rechts- wie linksradikalen Parteien und von größeren Parteispenden, sondern auch von Filmen und Computerspielen mit Gewaltdarstellungen, von harten und weichen Drogen sowie selektive Werbeverbote.¹ 55 Prozent der Bevölkerung sprechen sich grundsätzlich für weitergehende Werbeverbote aus, die neben Tabakwerbung auch die Werbung für Alkohol oder Produkte erfassen, die Kinder besonders ansprechen. Lediglich ein Drittel der Bevölkerung spricht sich gegen weitergehende Werbeverbote aus.

1 Vgl. hierzu John Stuart Mill Institut für Freiheitsforschung (Hrsg.): Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Freiheitsindex 2011. Heidelberg 2011

Stabile Mehrheit für Werbeverbote

Frage: »In Deutschland gibt es ja seit einigen Jahren ein weitgehendes Werbeverbot für Tabakwaren wie Zigaretten. Jetzt wird überlegt, auch für andere Produktgruppen Werbeverbote einzuführen. Darüber unterhalten sich hier zwei. Welcher der beiden sagt eher das, was auch Sie denken?«

	Gesamtdeutschland		Westdeutschland	Ostdeutschland
	2008	2011	2011	2011
»Ich bin dafür, für weitere Produktgruppen Werbeverbote einzuführen. Gerade bei Alkohol oder bei Produkten, die vor allem für Kinder bestimmt sind, wäre es gut, wenn es dort keine Werbung mehr geben würde.«	56	55	53	62
»Das sehe ich anders. Die Unternehmen sind auf Werbung angewiesen, um ihre Produkte vorzustellen und bekannt zu machen. Wenn man für weitere Produktgruppen Werbeverbote einführt, gibt es weniger Informationsmöglichkeiten. Damit wird die Freiheit der Verbraucher eingeschränkt.«	34	33	35	28
Unentschieden	10	12	12	10
	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10024 und 10074

© IfD-Allensbach

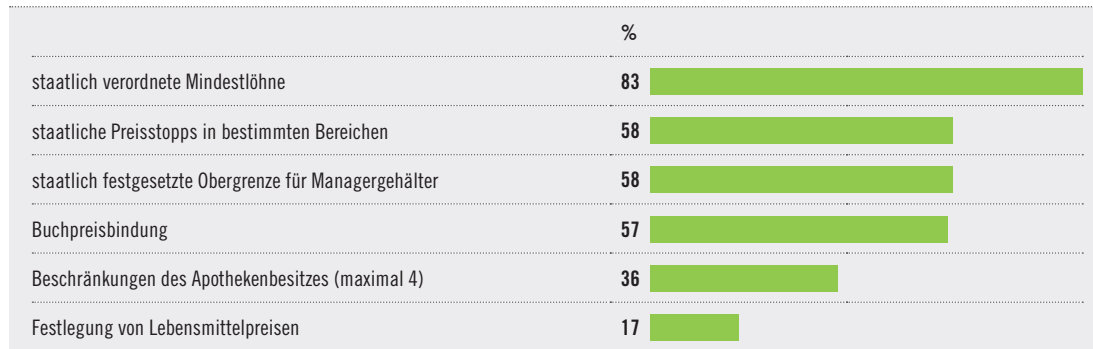
Die Mehrheit unterstützt auch staatlich festgelegte Mindestlöhne, staatliche Preisstopps für bestimmte Produktfelder und Regulierungsmaßnahmen wie die Buchpreisbindung. So befürworten 83 Prozent der Bevölkerung staatlich verordnete Mindestlöhne, 58 Prozent staatliche Preisstopps für bestimmte Produktbereiche – allerdings nicht für Produktfelder, in denen die Bevölkerung außerordentlich positive Erfahrungen mit der Preisentwicklung gemacht hat wie im Lebensmittelbereich. Der Mehrheit ist durchaus bewusst, dass die Lebensmittelpreise in Deutschland ausgesprochen niedrig sind. Entsprechend plädiert nur eine Minderheit von 17 Prozent für eine staatliche Festlegung von Lebensmittelpreisen. Dagegen unterstützen 57 Prozent die staatlich verordnete Buchpreisbindung, immerhin 36 Prozent auch die staatliche Verhinderung von Apothekenketten.

Auch die begrenzte Regulierung von Managergehältern wird von der Mehrheit befürwortet. Zwar gab es nur auf dem Höhepunkt der Krise 2008/2009 eine absolute Mehrheit für eine generelle Festlegung der Managervergütung durch den Staat. Eine staatlich festgelegte Obergrenze für Managergehälter wird jedoch stabil von der Mehrheit unterstützt, und das nicht erst nach der jüngsten kritischen Reaktion auf einzelne Gehälter in zweistelliger Millionenhöhe.

Schaubild 51

Haltung zur Beschränkung von unternehmerischen Freiheitsspielräumen

Es finden in Ordnung –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10046 und 10083

© IfD-Allensbach

Die ostdeutsche Bevölkerung plädiert noch mehr als die westdeutsche für staatliche Regulierungen. Dies gilt bei Werbeverböten genauso wie bei der Deckelung von Managergehältern oder einer gravierenden Ausweitung des Kündigungsschutzes. So sprachen sich im Krisenjahr 2009 30 Prozent der westdeutschen, aber 44 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung dafür aus, dass die Regierung es florierenden Unternehmen verbietet, Mitarbeiter zu entlasten.

Schaubild 52

Staatliches Entlassungsverbot?

Frage: »Wenn es nach Ihnen ginge: Sollte die Regierung Unternehmen, denen es gut geht, verbieten, Leute zu entlassen, oder wären Sie gegen ein staatliches Verbot von Entlassungen?«

	%	Gesamtdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Sollte verbieten	33	30	44	
Gegen Verbot	47	49	40	
Unentschieden, keine Angabe	20	21	16	
	100%	100%	100%	

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

Noch stärker, als es die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland zeigen, korrelieren die Grundhaltung zum deutschen Wirtschaftssystem und die Tendenz zur Unterstützung staatlicher Regulierungen. Von denjenigen, die das deutsche Wirtschaftssystem positiv beurteilen, votieren 47 Prozent für eine Begrenzung von Managergehältern, von den Kritikern des Wirtschaftssystems dagegen 71 Prozent.

Mehrheit für die Begrenzung von Managergehältern

Frage: »Es wird ja immer wieder gefordert, dass der Staat eine Obergrenze für Managergehälter einführen soll. Wie sehen Sie das: Sollte der Staat die Gehälter von Managern begrenzen, oder ist das nicht Aufgabe des Staates?«

	%	Bevölkerung insgesamt	West	Ost	Vom Wirtschaftssystem –	
					gute Meinung	keine gute Meinung
Sollte Gehälter begrenzen		58	56	66	47	71
Nicht Aufgabe des Staates		34	35	27	46	22
Unentschieden, keine Angabe		8	9	7	7	7
		100%	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

Viele Regulierungen werden unterstützt, obwohl die Mehrheit gleichzeitig überzeugt ist, dass sie sich nicht mit dem marktwirtschaftlichen System vereinbaren lassen. Während sich beispielsweise knapp die Hälfte der Bevölkerung eine staatliche Arbeitsplatzgarantie wünscht, sind gleichzeitig drei Viertel der Bevölkerung überzeugt, dass sich dies nicht mit einem marktwirtschaftlichen System vertragen würde. Die Mehrheit unterstützt Werbeverbote und ist gleichzeitig jedoch überzeugt, dass sich dies nicht mit einem marktwirtschaftlichen System verträgt. Auch Preisgrenzen für wichtige Produkte und staatliche Mindestlöhne hält knapp die Hälfte der Bevölkerung für nicht kompatibel mit einer Marktwirtschaft. Auch ein weit ausgebauter Kündigungsschutz, hohe Steuern auf Unternehmensgewinne, Subventionen und protektionistische Maßnahmen gelten bei der Mehrheit der Bevölkerung als unverträglich mit einem marktwirtschaftlichen System. Die teilweise erhebliche Diskrepanz zwischen diesen ordnungspolitischen Vorstellungen der Bevölkerung und ihrer Bereitschaft, Regulierungen zu unterstützen, die als systemunverträglich eingestuft werden, führt zu der Frage nach dem Rückhalt für das marktwirtschaftliche System und der ordnungspolitischen Positionierung der Bevölkerung.

Schaubild 54

Systemfremde Eingriffe

Frage: »Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, was sich alles mit einer Marktwirtschaft verträgt und was nicht. Hier auf den Karten ist einmal Verschiedenes aufgeschrieben. Was davon verträgt sich Ihrer Meinung nach mit einer Marktwirtschaft, was passt dazu, und was verträgt sich nicht damit, was passt nicht zu einer Marktwirtschaft?«

Das passt nicht zu einer Marktwirtschaft –	%
Der Staat sorgt dafür, dass es nur geringe Unterschiede bei den Einkommen der Bürger gibt	76
Der Staat garantiert jedem Bürger einen Arbeitsplatz	75
Der Staat setzt den Unternehmen enge Grenzen, z.B. wann man Mitarbeiter entlassen darf	67
Besonders wichtige Unternehmen, z. B. Energieversorgungs- und Transportunternehmen gehören dem Staat	64
Hohe Steuern auf Unternehmensgewinne	59
Einzelne Wirtschaftszweige oder Unternehmen werden vom Staat finanziell unterstützt	59
Der Staat verbietet Werbung für bestimmte Produkte, z.B. Tabakwerbung	57
Einheimische Unternehmen werden durch den Staat vor zu starker Konkurrenz aus dem Ausland geschützt	54
Der Staat unterstützt Unternehmen und Wirtschaftszweige, die in die Krise geraten sind, mit Subventionen	52
Es gibt einen staatlichen Mindestlohn für alle Branchen	49
Der Staat legt für wichtige Produkte wie z. B. Energie Preisgrenzen fest	47

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

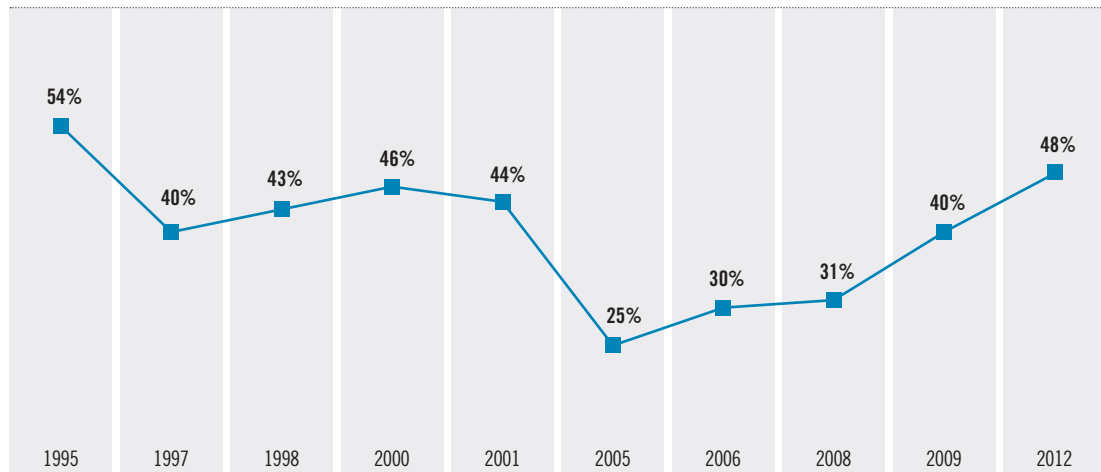
Wachsender Rückhalt für das Wirtschaftssystem inmitten der Krise

Es liegt nahe zu vermuten, dass ökonomische Krisen generell das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems untergraben und zu einer größeren Offenheit für alternative Wirtschaftsmodelle führen. Die Trendanalysen zeigen jedoch, dass dies nur unter bestimmten Bedingungen gilt und keinesfalls generell für wirtschaftliche Krisenphasen. Vergleicht man die Reaktionen der Bevölkerung auf die Krisen in den letzten gut zehn Jahren, so hat das Vertrauen nur während einer dieser Krisen empfindlich gelitten. Dies war die Phase der mehrjährigen Wachstumsschwäche zwischen 2001 und 2005, als sich der Anteil der Bevölkerung, der dem Wirtschaftssystem uneingeschränkt positiv gegenüberstand, fast halbierte. Oszillierte dieser Anteil zwischen dem Ende der 90er Jahre und dem Beginn des vergangenen Jahrzehnts nur in der engen Bandbreite von 43 bis 46 Prozent, bewerteten 2005 nur noch 25 Prozent das Wirtschaftssystem positiv. Danach setzte eine allmähliche, aber kontinuierliche Erholung des Zutrauens in das marktwirtschaftliche System ein, die sich auch völlig ungebrochen in der Krisenphase 2008/2009 und während der Zuspitzung der Krise im Euro-Raum fortsetzte. 2008 lag der Anteil der Bevölkerung, der dem Wirtschaftssystem ein positives Zeugnis ausstellte, bei 31 Prozent, 2009 bei 40 Prozent, Anfang 2012 wieder bei 48 Prozent. Im Zeitraum von 2005 bis heute verringerte sich der Anteil der Kritiker des Wirtschaftssystems von 47 auf 22 Prozent.

Schaubild 55

Wachsender Rückhalt für das Wirtschaftssystem

Es haben von dem Wirtschaftssystem in Deutschland eine gute Meinung –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

© IfD-Allensbach

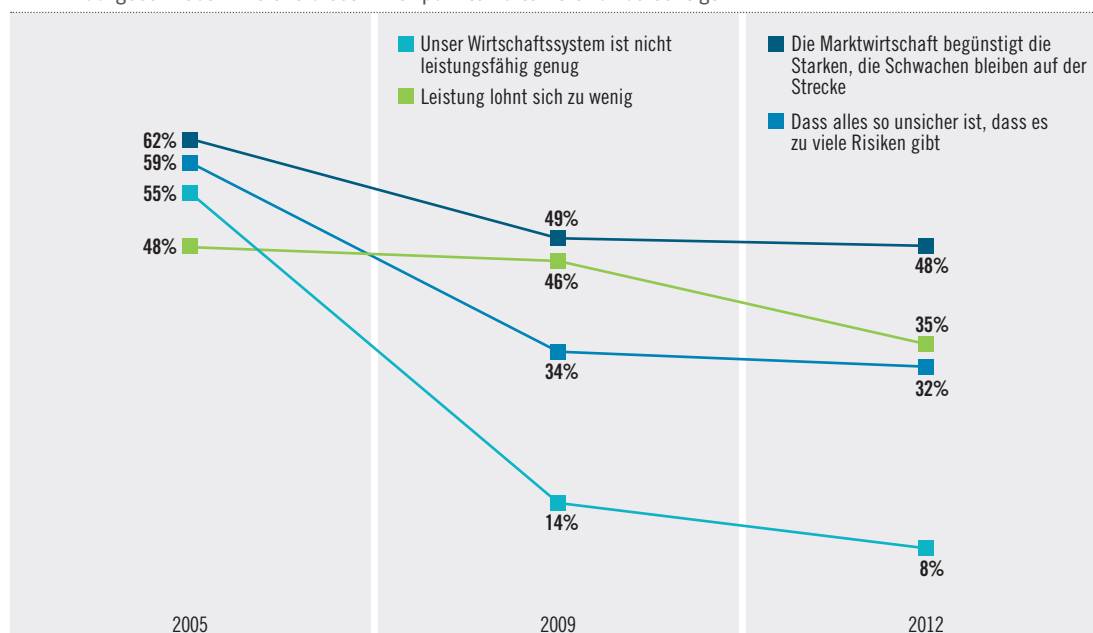
Diese unterschiedlichen Reaktionen auf die drei Krisen sind vor allem auf die unterschiedliche persönliche Betroffenheit der Bevölkerung zurückzuführen. Die mehrjährige Phase der Wachstumsschwäche führte nicht nur zu kontinuierlich steigenden Arbeitslosenzahlen, sondern auch zu einer anderen Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes bei den Erwerbstätigen. Gleichzeitig stagnierten die Einkommen, gingen real sogar teilweise zurück. Viele Unternehmen bauten Sozialleistungen und Sicherheitsgarantien ab – auch der Staat durch die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010. Weite Teile der Bevölkerung waren damals überzeugt, dass der Standort Deutschland seinen Zenit überschritten hat und eine kontinuierliche Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland bevorsteht. Die Mehrheit stellte sich damals auch auf einen geringeren Wohlstand und sinkende staatliche Transferleistungen ein, und dies nicht erst in ferner Zukunft, sondern auf Sicht von maximal zehn Jahren.

Diese Entwicklungen und Erwartungen weckten massive Zweifel an der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems. 2005, auf dem Höhepunkt der Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft waren 55 Prozent überzeugt, dass dieses Wirtschaftssystem nicht leistungsfähig genug ist. Gleichzeitig kritisierten 59 Prozent die Risiken eines freiheitlichen Wirtschaftssystems. Mit der wirtschaftlichen Erholung fiel diese Kritik in sich zusammen, insbesondere die Kritik an der Leistungsfähigkeit des deutschen Wirtschaftssystems. 2009, als die Bevölkerung noch ganz unter dem Eindruck der neuerlichen Wirtschafts- und Finanzmarktkrise stand, zweifelten lediglich 14 Prozent an der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems, Anfang 2012 noch 8 Prozent. Die Kritik an der Unsicherheit, die ein freies Wirtschaftssystem mit sich bringt, verminderte sich zwischen 2005 und 2009 von 59 auf 34 Prozent, der Vorwurf, die Marktwirtschaft begünstige nur die Starken und benachteilige die Schwachen, von 62 auf 49 Prozent. Mit den wachsenden Verteilungsspielräumen und den höheren Tarifabschlüssen ließ dann nach 2009 auch die Kritik nach, Leistung lohne sich in diesem Wirtschaftssystem zu wenig. 2005 vertraten 48 Prozent der Bevölkerung diese Auffassung, 2009 46 Prozent, Anfang 2012 nur noch 35 Prozent. Das Verdikt Ludwig Erhards, dass man von der Bevölkerung kaum erwarten könne, dass sie das marktwirtschaftliche System grundsätzlich immer unterstützt, sondern dass die Akzeptanz dieses Systems in hohem Maße von dem ökonomischen Erfolg und den Verteilungsspielräumen abhängt, findet hier seine eindrucksvolle Bestätigung.

Schaubild 56

Weniger Kritik am deutschen Wirtschaftssystem ...

Frage: »Es gibt ja häufiger Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Hier auf der Liste sind einmal einige Kritikpunkte aufgeschrieben. Welche dieser Kritikpunkte halten Sie für berechtigt?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7074, 10046 und 10086

© IfD-Allensbach

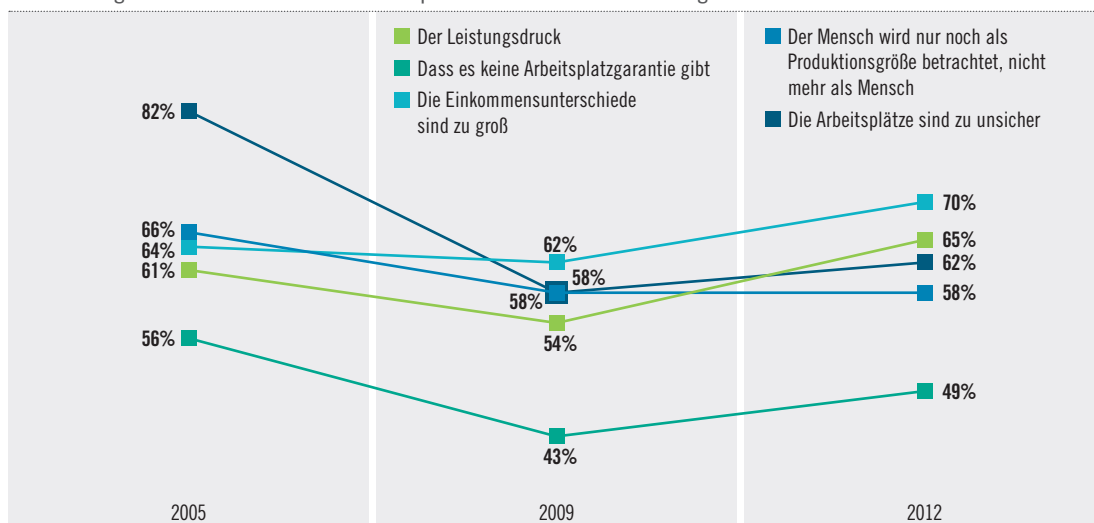
Gleichzeitig gibt es Aspekte des Wirtschaftssystems, die nach wie vor kritisch bewertet werden. Dies gilt für das Arbeitsplatzrisiko, das Risiko, sozial abzustiegen, die wachsenden Unterschiede beim Einkommen und Vermögen und den Leistungsdruck. Auch der Vorwurf, der Mensch würde in einem freien Wirtschaftssystem mit kühlem Kalkül lediglich als Produktionsfaktor Arbeit gesehen und weniger als Person, wird heute noch von der Mehrheit erhoben. 2005 hielten dies 66 Prozent der Bevölkerung für einen Schwachpunkt eines freien und erfolgsorientierten Wirtschaftssystems, heute immerhin auch noch 58 Prozent. Die Kritik an den wachsenden Einkommensunterschieden und an dem Leistungsdruck in einem erfolgsorientierten System wird heute tendenziell häufiger geäußert als 2005, auf dem Höhepunkt der Vertrauenskrise des Wirtschaftssystems.

2005 hielten 64 Prozent die Kritik für berechtigt, im Rahmen des deutschen Wirtschaftssystems entwickelten sich zu große Einkommensunterschiede, heute 70 Prozent. Bemerkenswert ist der hohe Anteil, der eine Arbeitsplatzgarantie vermisst. Zwar ist der Mehrheit der Bevölkerung durchaus bewusst, dass eine solche Garantie mit einem marktwirtschaftlichen System nicht kompatibel ist. Dies halten jedoch heute 49 Prozent, 2005 sogar 56 Prozent, für ein Defizit dieses Systems.

Schaubild 57

... bis auf wachsende soziale Unterschiede und Leistungsdruck

Frage: »Es gibt ja häufiger Kritik an unserem Wirtschaftssystem. Hier auf der Liste sind einmal einige Kritikpunkte aufgeschrieben. Welche dieser Kritikpunkte halten Sie für berechtigt?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 7074, 10046 und 10086

© IfD-Allensbach

Diese Kritikpunkte beeinflussten die Grundhaltung zum marktwirtschaftlichen System jedoch weitaus weniger als die positive ökonomische Bilanz der letzten Jahre. Weder unter dem Eindruck der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008/2009 noch zu einem späteren Zeitpunkt war die Bevölkerung überzeugt, dass sich die wirtschaftlichen Probleme nur mit einer grundlegenden Änderung des Wirtschaftssystems heilen ließen. 2008 glaubten 20 Prozent der Bevölkerung, man müsse das Wirtschaftssystem grundlegend ändern, um die wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen, 2009 19 Prozent, zum Jahresbeginn 2012 16 Prozent.

Schaubild 58

Systemwechsel keine Lösung

Frage: »Wenn Sie einmal an die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme denken: Glauben Sie, diese Probleme können wir nur lösen, wenn wir unser Wirtschaftssystem grundlegend ändern, oder sollten wir wegen so einer Krise unser Wirtschaftssystem nicht grundlegend in Frage stellen?«

	%	Gesamtdeutschland		
		2008	2009	2012
Wirtschaftssystem grundlegend ändern		20	19	16
Nicht in Frage stellen		64	63	61
Unentschieden, keine Angabe		16	18	23
		100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10030, 10046 und 10086

© IfD-Allensbach

Völlig stabil ist auch nur eine kleine Minderheit überzeugt, dass es zu dem marktwirtschaftlichen System eine überlegene Alternative gibt. Selbst 2005, auf dem Höhepunkt der Zweifel an der Marktwirtschaft, glaubten nur 16 Prozent an eine überlegene Alternative. In den Folgejahren oszillierte dieser Anteil in der engen Bandbreite zwischen 13 und 15 Prozent. Allerdings ist bemerkenswert, dass die Gegenposition nur von maximal knapp der Hälfte der Bevölkerung vertreten wird. 2005 waren 43 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass es zur Marktwirtschaft keine überlegene Alternative gibt, 2011 wie 2012 knapp jeder Zweite. Ein hoher Anteil der Bevölkerung traut sich hier kein Urteil zu.

Schaubild 59

Eine überlegene Alternative zur Marktwirtschaft?

Frage: »Gibt es Ihrer Ansicht nach ein Wirtschaftssystem, das besser ist als die Marktwirtschaft, oder gibt es das nicht?«

	%	2005	2008	2009	2010	2011	2012
Gibt besseres Wirtschaftssystem		16	15	14	15	15	13
Gibt es nicht		43	44	48	43	48	49
Unentschieden, keine Angabe		41	41	38	42	37	38
		100%	100%	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

© IfD-Allensbach

Besonders ausgeprägt ist diese Unsicherheit in Ostdeutschland. Auch in Ostdeutschland geht nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung davon aus, dass es zum marktwirtschaftlichen System eine überlegene Alternative gibt. Der Anteil, der grundsätzlich von der Überlegenheit der Marktwirtschaft überzeugt ist, liegt jedoch in Ostdeutschland nur bei 39 Prozent gegenüber 52 Prozent in Westdeutschland. Diese Unterschiede sind genauso in der jungen Generation zu beobachten. Generell gilt, dass der Rückhalt für das Wirtschaftssystem wie für das politische System in Ostdeutschland auch 20 Jahre nach der Einheit noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau liegt.

Schaubild 60

Mehr Unsicherheit in Bezug auf das Wirtschaftssystem in Ostdeutschland

Frage: »Gibt es Ihrer Ansicht nach ein Wirtschaftssystem, das besser ist als die Marktwirtschaft, oder gibt es das nicht?«

	Bevölkerung insgesamt			Unter-30-Jährige		
	%	2012	West	Ost	West	Ost
Gibt besseres Wirtschaftssystem		13	12	17	10	10
Gibt es nicht		49	52	39	48	37
Unentschieden, keine Angabe		38	36	44	42	53
		100%	100%	100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10086

© IfD-Allensbach

Die ostdeutsche Bevölkerung ist auch weniger als die westdeutsche überzeugt, dass es ihr in einem anderen, stärker vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystem schlechter gehen würde. Lediglich 10 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung sind davon überzeugt, während 16 Prozent davon ausgehen, dass ein stärker staatlich kontrolliertes System für sie materielle Vorteile bringen würde. 34 Prozent erwarten keine gravierenden Auswirkungen auf ihre Situation und ein hoher Anteil, nämlich 40 Prozent, der ostdeutschen Bevölkerung traut sich hier keine Einschätzung zu. Bemerkenswert ist jedoch nicht nur die ostdeutsche Einschätzung, sondern auch das Ergebnis in Westdeutschland, das tendenziell, aber nicht grundlegend anders ausfällt. Nur ein Viertel der westdeutschen Bevölkerung geht davon aus, dass ihr ein anderes, stärker vom Staat kontrolliertes Wirtschaftssystem materielle Nachteile bringen würde, während sich 11 Prozent Vorteile versprechen und 27 Prozent keine Auswirkungen auf ihre materielle Lage erwarten. So wenig die große Mehrheit das marktwirtschaftliche System zur Disposition stellen will, so gering ist gleichzeitig die Sorge, die sich mit einem begrenzten Systemwechsel verbindet. Ein stärker staatlich kontrolliertes und gelenktes Wirtschaftssystem wird zwar von der überwältigenden Mehrheit nicht als Verheißung gesehen, aber auch nur von einer Minderheit als Bedrohung.

Schaubild 61

Mehr staatliche Kontrolle wenig verheißungsvoll – aber auch nicht bedrohlich

Frage: »Glauben Sie, dass es Ihnen persönlich in einem anderen, stärker vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystem besser gehen würde, als es Ihnen heute geht, oder würde es Ihnen wirtschaftlich in einem anderen System genauso oder schlechter gehen als heute?«

	Bevölkerung insgesamt			
	%	2009	West	Ost
Würde mir besser gehen		12	11	16
Genauso		28	27	34
Würde mir schlechter gehen		23	26	10
Unentschieden		37	36	40
		100%	100%	100%

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

Dieses bemerkenswerte Meinungsbild ist allerdings stark schichtgebunden. Vor allem Arbeiterkreise sehen in einem stärker staatlich kontrollierten Wirtschaftssystem weder eine Verheißung noch eine Bedrohung, während leitende Angestellte und höhere Beamte und vor allem Selbstständige und freiberuflich Tätige weit überdurchschnittlich überzeugt sind, dass ein stärker staatlich kontrolliertes Wirtschaftssystem für sie Nachteile mit sich brächte.

Schaubild 62

Unterschiedliches Urteil der verschiedenen Berufsschichten

Frage: »Glauben Sie, dass es Ihnen persönlich in einem anderen, stärker vom Staat kontrollierten Wirtschaftssystem besser gehen würde, als es Ihnen heute geht, oder würde es Ihnen wirtschaftlich in einem anderen System genauso oder schlechter gehen als heute«

	%	Bevölkerung insgesamt	Berufskreise				
			Angelernte Arbeiter	Facharbeitende	Einfache Angestellte/ Beamte	Leitende Angestellte/ Beamte	Selbstständige/ Freie Berufe/ Landwirte
Würde mir besser gehen		12	15	16	11	11	6
Genauso		28	21	26	32	29	19
Würde mir schlechter gehen		23	13	16	18	38	49
Unentschieden		37	51	42	39	22	26
		100%	100%	100%	100%	100%	100%

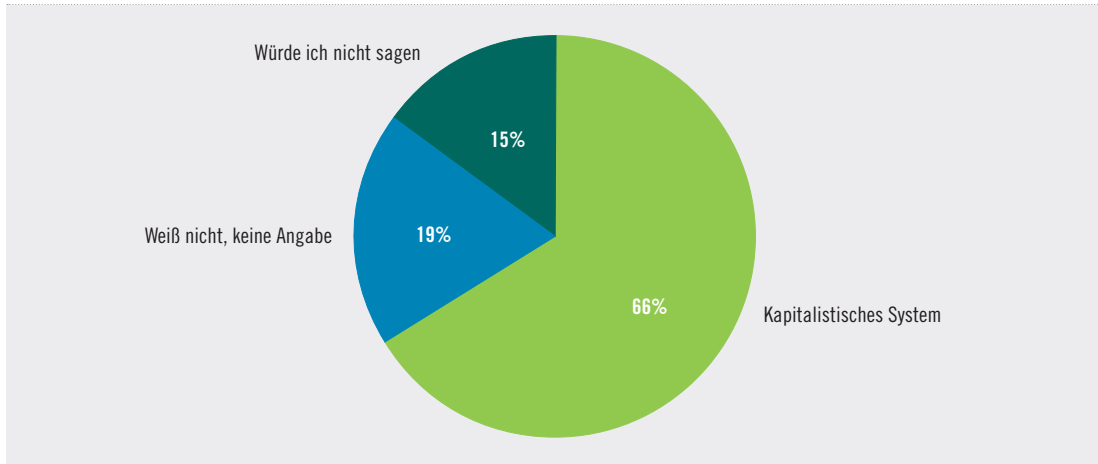
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

© IfD-Allensbach

Obwohl die Anerkennung für die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems seit 2005 steil angestiegen ist und die überwältigende Mehrheit dafür plädiert, das System nicht grundsätzlich in Frage zu stellen, wirken die ordnungspolitischen Positionen teilweise bemerkenswert unentschieden und diffus. Dies mag auch damit zu tun haben, dass es seit Jahrzehnten nicht mehr die Konkurrenz der Systeme gibt, bei der Marktwirtschaft und sozialistische Planwirtschaft als klar konturierte Gegenentwürfe vor Augen standen. Weder in der Politik noch in den Medien und der Gesellschaft insgesamt werden heute noch Systemdebatten geführt. Entsprechend sehen viele in einem stärker vom Staat kontrollierten System auch nur eine graduelle Veränderung des heutigen Systems, keinen grundlegenden Systemwechsel.

Trotz der wachsenden Zufriedenheit mit der Bilanz des marktwirtschaftlichen Systems ist die Bereitschaft groß, sich auch einer grundlegenden Kritik an diesem System anzuschließen. Dies zeigten zuletzt die Reaktionen auf die Kapitalismuskritik des Gründers des Wirtschaftsforums von Davos, Klaus Schwab. Immerhin 48 Prozent der deutschen Bevölkerung schlossen sich seinem Verdikt an, in der derzeitigen Form passe der Kapitalismus nicht mehr zu der Welt, die uns umgibt. Dies ist keineswegs darauf zurückzuführen, dass die deutsche Bevölkerung das marktwirtschaftliche System nicht als kapitalistisches Wirtschaftssystem einstuft. Vielmehr sind 66 Prozent überzeugt, dass Deutschland durchaus ein kapitalistisches Wirtschaftssystem hat, wenn auch in der Variante der sozialen Marktwirtschaft.

Schaubild 63

Kapitalistisches System?**Frage:** »Würden Sie sagen, Deutschland hat ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, oder würden Sie das nicht sagen?«

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

© IfD-Allensbach

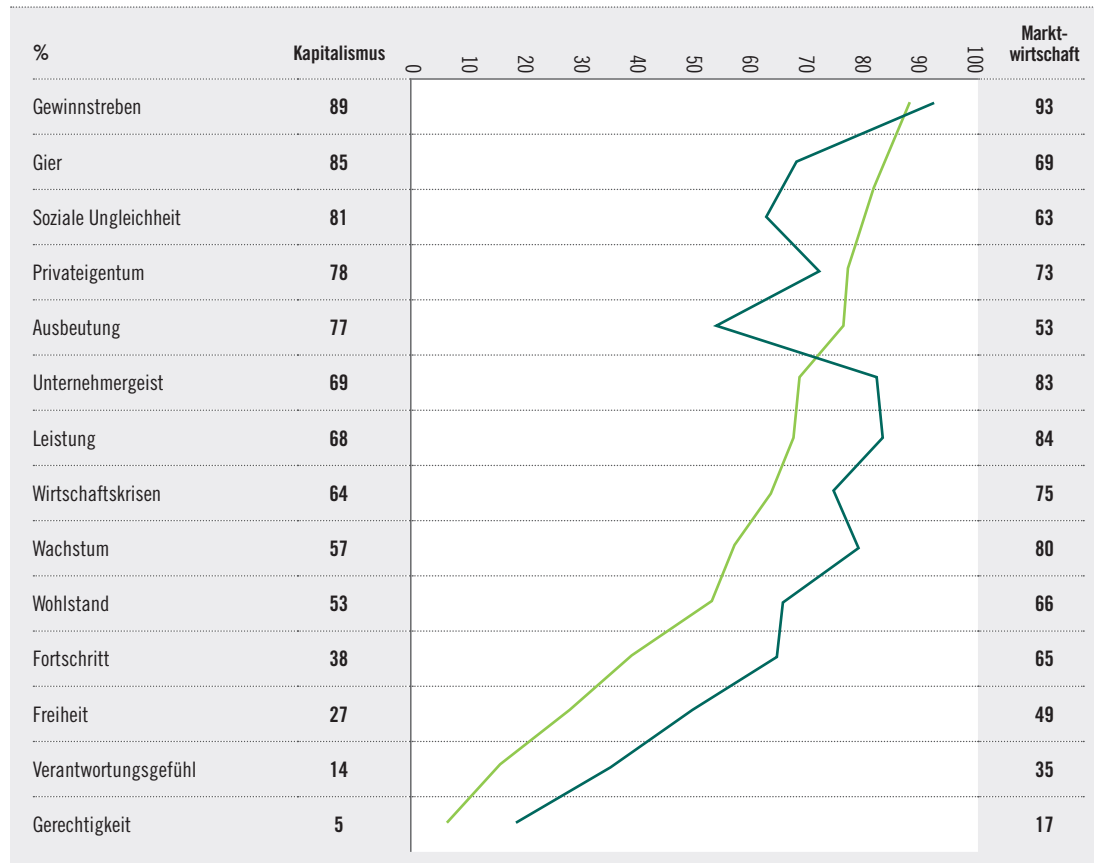
Die Assoziationen zu Kapitalismus und Marktwirtschaft machen allerdings deutlich, dass die Bevölkerung durchaus zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft differenziert – wenn sie auch keineswegs ein grundlegend anderes Bild von der Marktwirtschaft zeichnet. Die Mehrheit assoziiert Kapitalismus wie Marktwirtschaft mit Gewinnstreben, Gier, sozialer Ungleichheit, Privateigentum und Ausbeutung, aber auch mit Unternehmergeist, Leistung, Wachstum, Wohlstand und Fortschritt. Dabei wird Kapitalismus allerdings signifikant häufiger mit Gier, sozialer Ungleichheit und Ausbeutung assoziiert als die Marktwirtschaft, umgekehrt die Marktwirtschaft signifikant häufiger mit Leistung, Wachstum, Wohlstand, Fortschritt, Freiheit und Verantwortungsgefühl.

Schaubild 64

Assoziationen zu Kapitalismus und Marktwirtschaft

Es denken bei Kapitalismus/Marktwirtschaft an –

■ Kapitalismus ■ Marktwirtschaft



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

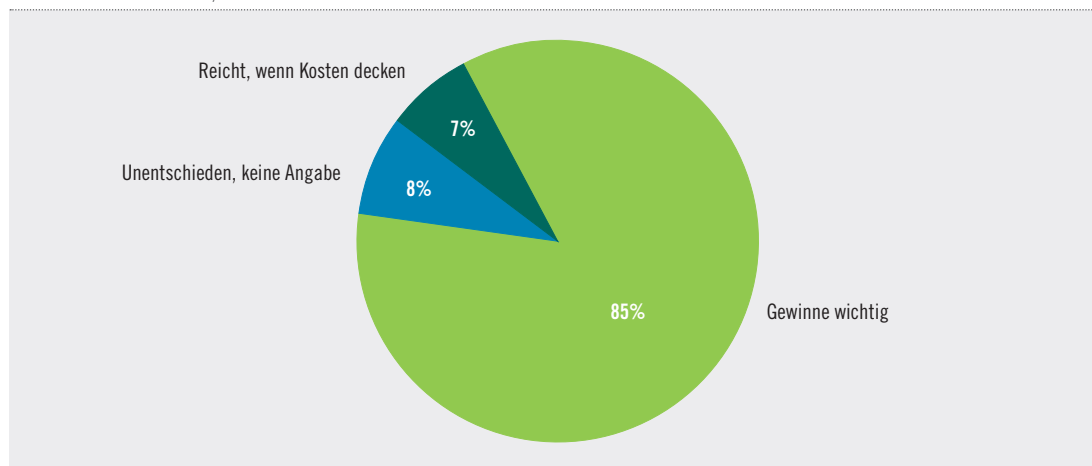
© IfD-Allensbach

Die dominierende Assoziation von Marktwirtschaft mit Gewinnstreben ist bei Befürwortern wie Kritikern des marktwirtschaftlichen Systems gleichermaßen ausgeprägt. Es ist allerdings keine negative, sondern eine neutrale Assoziation. Für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung steht außer Frage, dass Gewinne für Unternehmen wichtig sind und dass es keinesfalls ausreicht, wenn sie nur ihre Kosten decken.

Schaubild 65

Gewinne wichtig

Frage: »Ist es Ihrer Meinung nach wichtig, dass Unternehmen Gewinne machen, oder reicht es, wenn Unternehmen ihre Kosten decken, brauchen sie darüber hinaus keine zusätzlichen Gewinne?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10046

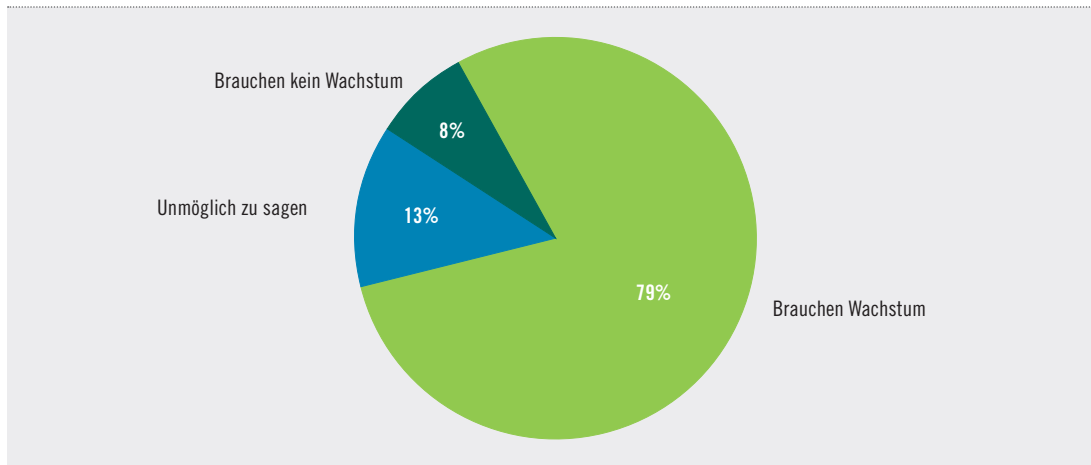
© IfD-Allensbach

Genauso wird die Bedeutung von Wachstum von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht in Frage gestellt. Die Forderung, qualitative Wachstumsziele müssten anstelle einer quantitativen Wachstumsorientierung treten, wird zwar in politischen Kommissionen und Programmen erhoben, ist aber kein Diskussionsgegenstand in der Bevölkerung. Abgesehen davon, dass qualitatives und quantitatives Wachstum sich nicht ausschließen, ist der Bevölkerung durchaus bewusst, dass Wachstum und Verteilungsspielräume zusammenhängen. Die überwältigende Mehrheit ist für einen konsequenten Umweltschutz, für Investitionen in Bildung, den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, das Gesundheitssystem – aber nicht als Gegenentwurf zu quantitativem Wachstum, das die große Mehrheit als Voraussetzung für finanzielle Spielräume sieht, mit denen qualitatives Wachstum befördert werden kann und gleichzeitig Lohnerhöhungen ermöglicht werden. 79 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass wirtschaftliches Wachstum für Deutschland wichtig ist; 62 Prozent sehen darin auch eine wesentliche Voraussetzung für Verteilungsspielräume bei Tarifverhandlungen.

Schaubild 66

Die Notwendigkeit von Wachstum steht außer Frage

Frage: »Was würden Sie sagen: Brauchen wir eigentlich wirtschaftliches Wachstum, oder brauchen wir kein Wachstum?«



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10073

© IfD-Allensbach

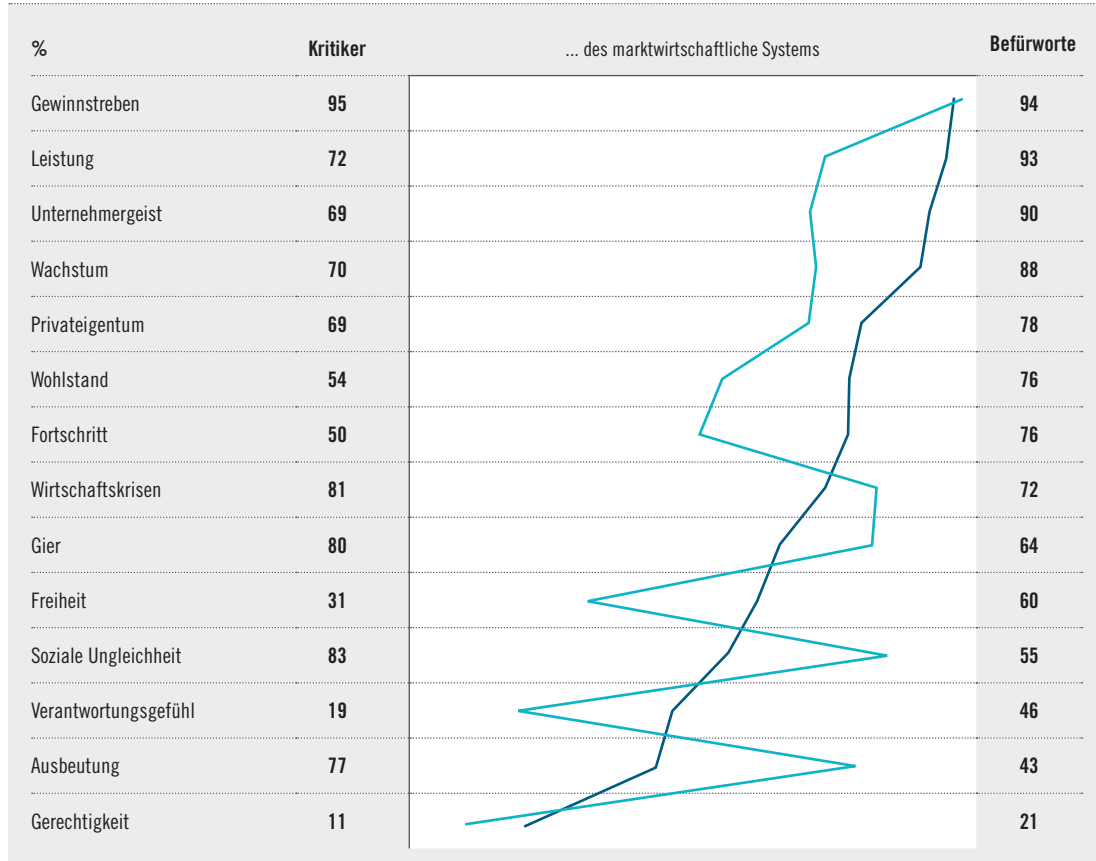
Bei den Assoziationen zu Marktwirtschaft fällt auf, dass sich die Assoziationen von Befürwortern und Kritikern des Systems vor allem bei den positiven Zuschreibungen unterscheiden. Das gilt besonders ausgeprägt für Assoziationen von Marktwirtschaft mit Freiheit, die 60 Prozent der Befürworter, aber nur 31 Prozent der Kritiker des marktwirtschaftlichen Systems herstellen. Auch Gedankenverbindungen von Marktwirtschaft mit Verantwortungsgefühl, Wohlstand, Fortschritt, Leistung und Unternehmergeist werden von den Bevölkerungskreisen, die das Wirtschaftssystem positiv bewerten, weit überdurchschnittlich hergestellt. Umgekehrt assoziieren die Kritiker das marktwirtschaftliche System überdurchschnittlich mit Ausbeutung, sozialer Ungleichheit und Gier, wobei Assoziationen mit Gier jedoch auch von fast zwei Dritteln der Befürworter des Systems hergestellt werden.

Schaubild 67

Assoziationen von Befürwortern und Kritikern des marktwirtschaftlichen Systems

Es denken bei Marktwirtschaft an –

■ Kritiker ■ Befürworter



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 10086

© IfD-Allensbach

Die Assoziationen zeigen, welche Attribute die Akzeptanz des Systems stärken und welche sie schwächen. Gestärkt wird die Akzeptanz des marktwirtschaftlichen Systems vor allem durch seinen materiellen Erfolg, die Freiheitsspielräume und gleichzeitig den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Spielräumen sowie durch die Bedeutung des Privateigentums. Gefahren für die Akzeptanz liegen in den wachsenden sozialen Unterschieden und den Auswirkungen eines unzureichend durch ethische Überzeugungen und Regeln beherrschten Egoismus sowie in länger andauernden Wirtschaftskrisen, die Zweifel an der Erfolgsträchtigkeit des marktwirtschaftlichen Systems wecken.

Wie gravierend das Vertrauen in das marktwirtschaftliche System durch eine länger andauernde wirtschaftliche Schwächephase beschädigt werden kann, zeigen die Reaktionen der Bevölkerung zwischen 2001 und 2005. Die folgenden Krisen haben das Grundvertrauen in das marktwirtschaftliche System nicht beschädigt, da diese Krisen für die überwältigende Mehrheit der Bürger medienvermittelte Ereignisse blieben. Gleichzeitig zeigen jedoch die Reaktionen während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, dass jede ökonomische Krise das Potential hat, ordnungspolitische Vorstellungen vorübergehend stark zu beeinflussen und die Spielräume für die Ausweitung staatlicher Regulierung zu vergrößern.

Anhang: Untersuchungsdaten und Statistik der befragten Personengruppe

Untersuchungsdaten

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland.
Anzahl der Befragten:	Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In jeder Halbgruppe und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Drittel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von knapp 20 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.
Auswahlmethode:	Repräsentative Quotenauswahl Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viel Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.
Gewichtung:	Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.
Repräsentanz:	Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass die Ergebnisse verallgemeinert werden dürfen.
Art der Interviews:	Die Befragung wurde mündlich-persönlich (Face-to-Face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.
Anzahl der eingesetzten Interviewer:	An der Befragung waren insgesamt 420 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.
Termin der Befragung:	Die Interviews wurden vom 9. bis 22. Oktober 2009 geführt.
IfD-Archiv-Nr. der Umfrage:	10.046

Statistik

der in der Umfrage 10.046 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

%	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Oktober 2009			amtliche Statistik ¹
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
Regionale Verteilung				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	100%	100%	100%	100%
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	9	9	9	9
	100%	100%	100%	100%
Wohnortgröße				
unter 5.000 Einwohner	17	17	17	17
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	26	26	26	26
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	29	29	29	29
	100%	100%	100%	100%
Geschlecht				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	100%	100%	100%	100%
Alter				
16–29 Jahre	19	19	19	19
30–44 Jahre	24	24	24	24
45–59 Jahre	26	26	26	26
60 Jahre und älter	31	31	3	31
	100%	100%	100%	100%

Statistik

der in der Umfrage 10.046 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik.

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Oktober 2009			amtliche Statistik ¹
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
%				
Berufstätigkeit				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	60	59	60	60
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100%	100%	100%	100%

Berufskreise²

Arbeiter	16	17	15	17
Angestellte	34	31	36	33
Beamte	3	3	4	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	8	5	7
Nichterwerbspersonen	40	41	40	40
	100%	100%	100%	100%

Familienstand

Verheiratet	55	55	55	54
- Männer	27	27	28	27
- Frauen	27	27	27	27
Ledig	30	30	30	30
Verwitwet, geschieden	16	16	15	16
	100%	100%	100%	100%

Haushaltsgröße

von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit

- 1 Person	22	24	21	22
- 2 Personen	39	40	38	39
- 3 Personen	18	17	19	18
- 4 Personen	15	13	16	15
- 5 und mehr Personen	6	6	6	6
	100%	100%	100%	100%

1 Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2008.
2 für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)